

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 103.

Donnerstag, den 4. Mai 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Schule im Klassenstaat.

Vor kurzem hat die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ sich mit der sozialdemokratischen Bildungsarbeit beschäftigt. Sie konnte nicht anders als dieser Tätigkeit ihre lebhafteste Anerkennung zollen. Sie erkannte, daß dadurch für die politische Arbeit unserer Partei ein großer Nutzen geschaffen werde. Aber das nationalliberale Blatt konnte sich doch den Schmerz nicht verkneifen, sein Bedauern darüber auszudrücken, daß die sozialdemokratische Bildungsarbeit „nicht lediglich unter dem großen Gesichtspunkt einer dringenden nationalen Kulturarbeit“ gepflegt wird, sondern „als Waffe für den politischen Kampf, dessen Endziel der Umsturz unserer gesellschaftlichen Ordnung ist“.

Kleiner Schächer! Die „Kölnische“ kann darauf rechnen, bei ihren Lesern mit solchen Phrasen Eindruck zu machen, weil sie ihnen klaglich verschweigt, daß die Sozialdemokratie hier in bitterster Not wehrhandelt! Man macht uns einen Vorwurf daraus, daß wir von Partei wegen unsere Genossen zu politischen Zwecken bilden, aber benutzen denn nicht unsere Gegner die gesamte Staatsmacht, um die Bildung in ihrem parteipolitischen Sinne zu beeinflussen? Was ist denn die öffentliche Schule heutzutage anders, als eine Drillanstalt zu dem Zwecke, die heranwachsende Jugend mit sozialistischen Ideen zu erfüllen. Eine Waffe der Bourgeoisie in ihrem Klassenkampf gegen das Proletariat, das ist die öffentliche Schule, und wahrlich spät genug hat die Sozialdemokratie Mittel der Gegenwehr zu ergreifen begonnen!

Hat man nicht kürzlich in der Provinz Sachsen einen Volksschullehrer kurzerhand aus Lohn und Brot gejagt, nur weil er nicht heucheln wollte, sondern seiner Überzeugung gemäß aus der Landeskirche ausgestreift ist? Und wurde nicht bei dieser Gelegenheit bekanntgegeben, daß § 1 der Instruktion für die Lehrer des Regierungsbezirks Magdeburg wörtlich anordnet:

Die Pflicht der Volksschullehrer besteht im allgemeinen darin, daß sie die ihnen anvertrauten Kinder . . . zu lebendigen Gliedern ihrer Kirche, zu treuen Untertanen des Königs und der Obrigkeit und zu nützlichen Gliedern des bürgerlichen Gemeinwesens ausbilden.

Also von der Pflicht, Bildung, Wissen, Aufklärung zu verbreiten, ist in diesem ersten Paragraphen keine Rede. Zuerst kommt die Pflicht, Frömmigkeit und Untertanensinn den Kindern einzupauken. Das ist das wichtigste. Und daß das nur den Zweck hat, die Klassenherrschaft der Besitzenden zu stärken und zu schützen, das liegt auf der Hand.

Einen erbaulichen Beitrag zu diesem Kapitel hat im Aprilheft der „Preussischen Jahrbücher“ ein Gymnasialdirektor Dr. Brahl aus Prenzlau geliefert in einem Artikel über „Staatsbürgerliche Erziehung“. Der Herr liefert zunächst den ergötzlichen Beweis, daß allemal diejenigen uns am heftigsten bekämpfen, die uns am wenigsten kennen. Man sollte es kaum glauben, daß heute, nach halb 50jährigem Bestehen der deutschen Sozialdemokratie, ein gebildeter Mann sich noch in folgenden Sätzen über sie austoben kann:

Immer neue Geschlechter wachsen heran, die mit der Muttermilch schon den Haß gegen alle Bessergestellten eingesogen haben, die erzogen werden zur Auflehnung gegen alle bestehende Ordnung, deren ungeheures Denkfähigkeit die Trugbilder der Beruflichkeit und Dekret nicht zu durchschauen vermag, die hin und her in Blut und Wut ihrer vermeintlichen Feinde.

Oder daß jeder auf Abwehr sinnen muß, „der nicht alle Errungenschaften unserer Kultur einer greuelvollen Vermüßung preisgeben will“. Man kann sich denken, wie dieser gemüthvolle Herr alles daran setzen wird, um sämtliche Schüler seiner Anstalt mit Haß gegen die Sozialdemokratie geradezu zu durchtränken. Und da sollten wir mit verschränkten Armen zusehen?

Um zu seinem Thema zu kommen, so gibt zunächst der Direktor klipp und klar zu, daß der Ruf nach staatsbürgerlicher Erziehung, der jetzt so vielfach erhoben wird, geboren ist aus der Angst vor der Sozialdemokratie. Doch gerade deshalb ist er ihm gram. Denn er erblickt darin den Vorwurf, daß die Schule bisher im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht genug getan habe. Diesen Vorwurf aber erklärt er für unberechtigt und bemüht sich, ihn zu widerlegen. Und man muß sagen, der Gegenbeweis ist ihm gelungen. Er führt überzeugend aus, daß die heutige Schule in allem und jedem den Kampf gegen die Sozialdemokratie an erste Stelle setzt, womit dann natürlich ihre geringen Leistungen auf anderem Gebiet — speziell in der Volks-

schule — eine sehr einfache Erklärung finden. Man höre z. B. folgende Sätze:

Das hohe Lied vom Vaterland, seiner Größe und Schönheit, die Treue gegen den Herrscher und sein Haus, das Lob der Helden des Geistes und der Tat, die Klagen wieder und immer wieder in allen Stunden, vornehmlich des deutschen, des geschichtlichen und erdunkelnden Unterrichts. Und man sehe doch die Lesebücher der Schüler an, ihre Lieder- und Geschichtsbücher, und man wird erkennen, wie stark neben anderen Gesichtspunkten bei ihrer Entstehung gerade der patriotische mitgewirkt hat. Derselbe Grund, sah wird durchgeführt bei Anlage von Schulerbibliotheken. Und bei der Auswahl des freien Lesestoffs werden solche Werke in erster Linie herangezogen und bevorzugt, durch die in den bildsamen Seelen das patriotische Gefühl an Ausdehnung und Tiefe gewinnt. . . . So wird sich der junge Mensch in der Schule erst recht seines Deutschtums bewußt, er lernt es laut und mit Stolz bekennen bei den vielen patriotischen Feiern, . . . beim Turnen, bei Wanderausfahrten. Denken wir uns diesen Einfluß der Schule ausgeschaltet, was wäre da, wo wir jetzt patriotisches Gefühl finden?“

Wie gesagt, jeder, der durch die Schule gelaufen ist, sei es eine höhere oder eine Volksschule, wird dem Prenzlauer Direktor recht geben müssen: die Schule ist heutzutage in der Tat in erster Linie eine chauvinistische Drillanstalt, wo die Kinder anstatt echten Wissens und echter Bildung hauptsächlich einen starren Panzer erreaktionärer Ideen um sich herum bekommen. Und trotzdem und alledem hat sie, zu des Herrn Direktors allergrößtem Leidwesen, „doch nicht das Emporkommen und Wachsen der Sozialdemokratie verhindern“ können! Wie mag das bloß zugehen? Das liegt — so belehrt uns der Direktor — zum guten Teil daran, daß sogar die Lehrer sich die Freiheit einer eigenen Meinung herausnehmen. Nicht nur sind die Volksschullehrer zum Teil radikal gesinnt, sogar die Oberlehrer Preußens haben dafür agitiert, daß der Direktor nicht mehr ihr Vorgesetzter, sondern nur noch so eine Art älterer Amtsbruder sein solle.

Und woher kommt dieser „zerfetzende demokratische Geist“? Das muß man wirklich lesen: „Die meisten stammen aus Familien ohne Tradition. Aus kleinen Verhältnissen sind sie in die Höhe gekommen und haben sich selbst durch eigene Tüchtigkeit hineingearbeitet in eine ganz neue Sphäre.“

So eine Bande! Da wird wohl nur ein Gesetz helfen, wonach in Zukunft nur noch Ablige mit mindestens 32 Jahren Lehrer werden dürfen, auch wenn sie im eigenen Kopfe nichts als leeres Stroh haben. Dafür besitzen sie doch „Tradition“ und den richtigen staatsbürgerlichen Geist, sind also hervorragend geeignet, für die Aufgaben, die in jenen Kreisen als die wichtigsten angesehen werden, und wofür man tüchtige Leute nun einmal nicht brauchen kann.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Reformen im Auswärtigen Amte.

Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Schön, hat im Reichstag mehrmals unumwunden zugegeben, daß das Auswärtige Amt dringend einer Reform bedürftig sei. Insbesondere in wirtschaftspolitischer Beziehung entsprechen die deutschen Vertretungen im Auslande auch kaum den allerminimalsten Anforderungen. Daß man einigen Botschaftern handelspolitisch gebildete Attachees beigegeben hat, kann im Ernst als eine Reform nicht angesprochen werden. Der neue Staatssekretär, Herr v. Riberlen-Wächter, gab gleich nach seinem Amtsantritt im Reichstage die Versicherung, daß auch er sich die Reform des auswärtigen Dienstes ganz besonders angelegen sein lasse. Es scheint aber, daß diese Reformbestrebungen über das Stadium der Erwägungen und Verheißungen nicht hinauskommen sollen. Und doch mehrten sich die Anzeichen, die darauf hindeuten, daß der auswärtige Dienst des Deutschen Reiches in höchstem Maße verporrt ist und den berechtigten Anforderungen, die gestellt werden können, in keiner Weise gewachsen erscheint. Es ist eben noch immer so, daß man bei der Auswahl der Vertreter Deutschlands im Auslande weniger Wert auf wirkliches Wissen, als vielmehr darauf legt, daß die Erwählten von angenehmem Äußeren sind, möglichst gute Beziehungen haben und sich tadellos benehmen können, — also Salon-diplomaten in des Wortes verwegener Bedeutung.

Die ganze Reformbedürftigkeit dieses Systems hat nun der Professor der Staatswissenschaften an der Kieler Universität, Dr. Harms, in einer Schrift zusammengefaßt, in der er die weltwirtschaftlichen Aufgaben der deutschen Verwaltungspolitik skizziert. Aber die Zustände,

die man selbst in überaus wichtigen deutschen Konsulaten noch findet, berichtet er folgendes:

„Der Konsul soll einen umfangreichen literarischen Apparat zur Hand haben, was am Ende selbstverständlich ist. Und doch sieht es in dieser Beziehung traurig aus. Ich habe die sogenannte „Bibliothek“ des Generalkonsuls in Kalkutta besichtigt (in der Absicht, sie zu benutzen) und bin aus dem Staunen nicht herausgekommen. Solche Negligentz in den Bücherbeständen spottet jeder Beschreibung. Und ähnlich fast überall! Die Konsule sind durchweg auf ihre Privatbibliotheken angewiesen und empfinden diesen Mangel sehr schwer. Aberdies eine Fülle von Schreiberei, da ob jedes größeren Werkes, das angeschafft werden soll, nach Berlin berichtet werden muß! Will z. B. ein Konsulat, dessen Atlas aus dem Jahre 1880 stammt, einen neuen sein eigen nennen, so hat es beim Auswärtigen Amt die Genehmigung einzuholen. Das sind ganz unhaltbare Zustände. Jede Dorfschule hat in Deutschland einen Bücheretat, da sollten doch auch die Konsulate keine Ausnahme machen, sondern eine bestimmte Summe jährlich für Bibliothekszwecke zur Verfügung erhalten. . . .“

Der Handelsfachverständige ist zurzeit mehr oder weniger Briefschreiber, auf den man die Verantwortung aller einlaufenden, nur einlagemagen mit dem Wirtschaftsleben zusammenhängenden Fragen abläßt. Dabei wird ihm aber grundsätzlich jede Schreibhilfe verweigert. Sogar seine Berichte muß er selbst abschreiben, da die Konsulatschreiber hierzu in der Regel keine Zeit haben. So vergeblich er seine Arbeitskraft größtenteils mit stumpfsinniger Schreibarbeit, die ebensogut ein Subalternbeamter besorgen könnte, verbringt, geht der Handelsfachverständige auf die Reise, so bleibt alles hübsch liegen, sobald er sich nach seiner Rückkehr zunächst einmal wochenlang mit der Post zu beschäftigen hat.“

Es klingt fast wie Ironie, wenn gleichzeitig in der Presse, der man Beziehungen zum Auswärtigen Amte nachfragt, mitgeteilt wird, daß dort Kurse eingerichtet worden sind, in denen die Konsulatsanwärter theoretisch vorgebildet werden sollen. In Theorie hat es zweifellos seither auch noch nie gefehlt, vom praktischen Leben und seinen vielfältigen Bedürfnissen scheinen aber die Anwärter für den Konsulatsdienst jetzt genau so wenig kennen lernen zu sollen, als wie das seither, nicht zum Vortheil des deutschen Handels, sich offenbart hat.

### Die Durchpfeifung der Reichsversicherungsordnung.

Der Zentrumsabgeordnete Müller-Fulda hat sich dahin ausgesprochen, daß die Reichsversicherungsordnung eigentlich Paragraph für Paragraph beraten werden müßte, jedoch hinzugefügt, daß dies lediglich seine eigene, private Ansicht sei. Gegen diese Ansicht laufen gleicherweise „Deutsche Tageszeitung“ und „Tägliche Rundschau“ Sturm. Sie verweisen darauf, daß eine Durchpfeifung des Gesetzes vollkommen ausgeschlossen sei, sobald im Plenum alles das noch einmal „durchgekauft“ werden sollte, was in der Kommission über diese Sachen im einzelnen verhandelt wurde. Da außerdem feststeht, daß Konervative, Zentrum und Nationalliberale eine feste Mehrheit für das Gesetz stellen, hätte eine detaillierte Beratung auch gar keinen Zweck. — Die „Tägliche Rundschau“ beruft sich als Zeugen auf den verstorbenen Eugen Richter, der sich bei der Beratung des Zolltarifs auf den Standpunkt gestellt hat, daß man der Mehrheit das Recht zugestehen müsse, den Verhandlungsmodus selbst zu bestimmen. Ein solcher Modus könne natürlich nur in einer summarischen Behandlung über die einzelnen Bücher gefunden werden.

### Eine Kundgebung der „Terrorisierten“.

Die Scharfmacherpresse ist eifrig bemüht, immer neue „Beweise“ von dem unerträglichen Terrorismus zu erbringen, den die Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen angeblich ausübt. Zu diesen entweder glatt erfundenen oder doch mindestens maßlos übertriebenen Behauptungen paßt recht schlecht eine von den scharfmacherischen „Berliner Neuesten Nachrichten“ verbreitete Meldung über eine Erklärung der national gesinnten Angestellten der Leipziger Ortskrankenkasse. Diese Angestellten haben sich in einer Konferenz mit der von der Reichstagskommission beschlossenen Beseitigung der bisherigen Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen ausdrücklich einverstanden erklärt. Dem „Bunde deutscher Krankenkassenbeamter“ warfen sie bei dieser Gelegenheit vor, daß es ihm mehr um Agitation für die sozialdemokratische Partei, als um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Kassenbeamten zu tun ist.

Die Ortskrankenkasse in Leipzig steht unter sozialdemokratischer Leitung; wie wenig aber dort von Terrorismus gegen nicht-sozialdemokratische Angestellte die Rede sein kann, geht daraus hervor, daß diese Angestellten ungestört Beschlüsse fassen können, die den Interessen der Kassenglieder direkt widersprechen. Welcher bürgerliche Unternehmer würde wohl in so kritischer Zeit seinen Angestellten dieses Maß völliger Freiheit der Entscheidung einräumen? Trotz alledem: sozialdemokratischer Terrorismus.

### Reichstags-Dispositionen.

Im Seniorenkongress wurde über den Beginn der Beratungen der Reichsversicherungsordnung beraten. Es besteht bei der Regierung und bei dem Präsidium der Wunsch, die Beratungen so bald als möglich zu beginnen. Der Präsident Graf Schwerin-Löwitz hatte die Absicht, die Beratungen schon diesen Donnerstag zu beginnen. Von sozialdemokratischer Seite wurde eingewendet, daß die Fraktionen bisher nicht genügend freie Zeit gehabt haben, um die neuen Beschlüsse einer gründlichen Erörterung zu unterwerfen. Es sei daher angebracht, den Beginn der Beratung auf einige Tage weiter hinauszuschieben. Inletz wurde der Vorschlag gemacht, frühstens am Sonnabend mit der Beratung zu beginnen. Der Präsident erklärte, daß eine geschäftsordnungsmäßig übliche Beratung des Gesetzes vorgenommen werden sollte. Wie bei zweiter Lesung üblich, soll keine Generaldebatte stattfinden. Aber der Entwurf werde paragrafenweise durchberaten werden. Mit dieser Erklärung machte sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Art der Beratung überflüssig. Der Kongress kam überein, daß die Beratung der Reichsversicherungsordnung am Freitag im Plenum beginnt. Da die Absicht besteht, das Gesetz vor Pfingsten in dritter Lesung unter Dach und Fach zu bringen, so sollen die bisher alle 14 Tage gewählten freien Tage wegsfallen. Außerdem wird eine Unterbrechung der Beratung dieses Gesetzesentwurfes sowie so erfolgen, da der Handelsvertrag mit Schweden in den nächsten Tagen dem Reichstage zugestellt werden dürfte. Ferner sollen, um genügend Zeit für die Beratung zu gewinnen und den Fraktionen die Möglichkeit zu gewähren, über die einzelnen Abschnitte des Gesetzes Erörterungen zu pflegen, die Sitzungen aller übrigen Kommissionen auf zwei Tage der Woche beschränkt werden. Für den Donnerstag werden Rechnungssachen, Übersichten über den Reichshaushaltsetat früherer Jahre, Bericht über die Reichsschuldenkommission und kleinere Vorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Sitzungen beginnen um 2 Uhr, damit die Fraktionen vormittags noch über die Reichsversicherungsordnung beraten können.

### Das Arbeitspensum des Reichstags.

Wenn der Reichstag die rückständigen Arbeiten noch alle erledigen sollte, so könnte er gleich bis Weihnachten beisammen bleiben. Das wird ersichtlich aus einer am 1. Mai vom Bureau des Reichstags abgeschlossenen Zusammenstellung des Beratungsmaterials. Danach sind noch rückständig, nachdem am 2. Mai das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung in erster Lesung erledigt worden ist, für erste Lesungen folgende Vorlagen:

Deutsch-schweizerischer Niederlassungsvertrag; Vertrag zwischen dem Reiche und der Schweiz betreffend Regelung von Rechtsverhältnissen der beiderseitigen Staatsangehörigen; Schiffsmeldungen bei den Konsulaten des Reiches; Schutzgebiets-Rechnungen; 5 Berichte der Reichsschuldenkommission.

Für die zweite Beratung stehen noch aus: die Reichsversicherungs-Ordnung, Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Anträge betreffend die Geschäftsordnung des Reichstages; Änderungen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes; Strafprozeßordnung; das Einführungsgesetz; die Befestigung von Tierkadavern; die Übersichten von Reichsausgaben und Einnahmen für frühere Jahre; Übersicht der Einnahmen und Ausgaben unserer Kolonien; das gleiche für Kantonien; 5 Berichte der Reichsschulden-Kommission, das Arbeitskammergesetz.

In der Budgetkommission stecken noch die Fernsprechgebühren-Ordnung und die Regelung der Tagegelder der Kolonialbeamten. Dann stecken in sieben weiteren Kommissionen noch eine Anzahl von Gesetzentwürfen, unter denen sich u. a. befinden: eine Novelle zum Gerichtskosten-Gesetz und die Änderung des § 114a usw. der Gewerbeordnung; das Schiffsfahrtsabgaben-Gesetz; das Kurpfuscher-Gesetz und dann noch die Verfassungsvorlage für Elsaß-Lothringen. In Wahlprüfungen stehen noch vier aus. Außerdem stehen auf dem Arbeitsprogramm des Reichstages eine große Anzahl bisher noch unerledigter Petitionen.

### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch zunächst das Ausführungs-gesetz zum Reichsversicherungs-Gesetz. Die Vorlage fand bei der agrarischen Mehrheit große Sympathie, während unter Redner, Genosse Leinert, sich zwar im Prinzip ihr auch wohlwollend gegenüberstellte, dagegen aber eine Reihe erheblicher Bedenken vorbrachte. Vor allem verlangte er, daß der Entwurf seines agrarischen Charakters ersichtlicher werde. Ob das in der Kommission, der die Vorlage überwiesen wurde, gelingen wird, erscheint nach dem Verlauf der Debatte sehr zweifelhaft.

Hierauf nahm das Haus gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, in deren Namen Genosse Hoffman gegen den Eingriff in die Gewerbefreiheit sprach, einen Antrag des Konservativen Abg. Hammer auf Einschränkung der Wanderlager an.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein weiterer Antrag des Abg. Hammer, der eine Änderung des Einkommensteuergesetzes nach der Richtung verlangt, daß auch die Dividenden der Mitglieder von Konjunktionsgesellschaften vorsteuerbar werden sollen. Unserem Genossen Hirsch war es ein leichtes, nachzuweisen, daß es sich hierbei um eine steuerliche Ungerechtigkeit, um ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter-Konjunkturvereine, handle. Der Antrag ging an eine besondere Kommission. Welche Stellung die Regierung dazu einnimmt, ist zweifelhaft.

Am Donnerstag steht zunächst der Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung des gegen Liebke nachtschwebenden ehrengerichtlichen Verfahrens zur Beratung. Dann folgen kleinere Vorlagen.

### König Landrat.

Der Landrat des Kreises Wizenhausen an der Berra hat neuerdings die Polizeibeamten seines Kreises instruiert, daß keine politische Versammlung länger als bis 10 Uhr dauern dürfe. Eine größere Anzahl von Versammlungen wurde auch um 10 Uhr polizeilich geschlossen,

auch solche, die erst um 1/10 Uhr beginnen konnten. — Erst vor kurzem wurde der Nachweis geführt, daß es ohne weiteres gegen das Vereinsgesetz verstoßt, politische Versammlungen unter die Bestimmungen über die Polizeistunde zu zwingen.

### Das „verlorene“ Sachsen.

Herr Dertel von der „Deutschen Tageszeitung“ kann sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß unseren Parteigenossen in Dresden ein Maßfestzug in Dresden genehmigt worden ist. Nach Ansicht dieses Schulmeisters a. D. befinden sich die sächsischen Behörden überhaupt auf einem sehr bedenklichen Wege. So stellt er fest, daß einem Amtsblatt am Sonnabend ein Flugblatt beigelegt worden ist. — Und die Redaktion des Amtsblattes habe es außerdem noch fertig gebracht, im redaktionellen Teil auf die Flugchrift ganz besonders aufmerksam zu machen. Die „Deutsche Tageszeitung“ will nun abwarten, wie sich die sächsische Regierung zu dieser Form der „Beredlung“ der Amtsblattpresse stellen werde. Daß aber Sachsen unrettbar in der roten Flut untergehen muß, das hat die „Deutsche Tageszeitung“ aus einem Gespräch ersehen, das von Handwerkern im Eisenbahnwagen geführt und dem agrarischen Blatte angeblich brühwarm übermittelte wurde. Der Inhalt des Gespräches soll gezeitet haben, daß man in den Kreisen des Mittelstandes in Sachsen der Ansicht sei, daß man bei den nächsten Reichstagswahlen in Sachsen überhaupt nicht mehr zur Wahlurne gehen brauche, denn alle Regierungsmaßnahmen haben nur den einen Zweck, die Maßlosigkeit der sozialdemokratischen Forderungen zu erhöhen und damit den Kampf gegen die Sozialdemokratie immer aussichtsloser zu gestalten.

### Das Risiko der Ansiedlungspolitik.

Eine Korrespondenz, die die Aufgabe hat, die Interessen der deutschen Ostmarkenpolitik zu vertreten, muß konstatieren, daß seit Mitte September 104 deutsche Güter und Bauerwirtschaften im Werte von 15 Millionen Mark von deutscher in polnische Hand übergegangen sind. Die Mehrzahl der Grundstücke entfällt auf die Kreise Polen und Bromberg. Von Mitte April 1911 bis Ende April 1911 sind nicht weniger als insgesamt 214 deutsche Besitzungen, mit einer Gesamtfläche von 90 000 Morgen im Werte von 33 Millionen Mark, aus deutschem in polnischen Besitz übergegangen.

Trotzdem wird bei anderen Anlässen immer noch behauptet, daß die mit dem Gelde der preussischen Steuerzahler betriebene Ostmarkenpolitik Erfolge für das Deutschtum aufzuweisen habe. Die angegebenen Zahlen beweisen jedenfalls das strikte Gegenteil.

### Unruhen im „ruhigen“ Kamerun.

Die Nachricht von einem Eingeborenenaufstand in der Bimbagend in Kamerun ist amtlich bis jetzt nicht bestätigt worden. Dem Reichskolonialamt liegt nach einer „Kokal-Anzeiger“-Meldung lediglich ein kurzer Bericht des Gouvernements vor, nach dem der Leiter des Dumebezirks am 9. Februar auf den Hilferuf eines Kaufmanns nach Belugge im Norden des Bezirks gerückt ist, wo „anscheinend“ die Haltung der Eingeborenen „unsicher“ geworden war. Der Häuptling und zwei „Helfershelfer“ seien festgenommen und zu 15, 8 und 7 Jahren Kettenhaft verurteilt worden. Am 20. Februar kehrte der Bezirksleiter wieder nach Dume zurück; er betrachtet die politische Lage im Bezirk zur Zeit der Absendung seines Telegramms als ruhig. Auch im Süden des Schutzgebietes sei alles ruhig. — Nach den harten Verurteilungen der „Unruhigen“ zu 30 Jahren Kettenhaft klingen die Meldungen von der „vollständigen Ruhe“ nicht gerade sehr beruhigend.

### Finnland.

**Presseverfolgungen.** Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Wie ich vor einiger Zeit berichtete, verlangt der finnländische Diktator v. Seyn, daß die Verlagsgenossenschaft unseres Tammerforscher Parteiblattes „Kansan Lehti“ an Stelle des angemessenen Genossen Santeri Nuorteva eine „geeignete“ Person als verantwortlichen Redakteur nominieren. Dem kam die Genossenschaft natürlich nicht nach, da die Verfassung bloß die Anmeldepflicht vorsieht und dem Generalgouverneur nicht die Befugnis einräumt, die Redakteure zu „genehmigen“. Nun ist der Pressegewaltige von Tammerfors im Auftrage v. Seyns beim Rathausgericht klagbar geworden. Er verlangt die gerichtliche Suspendierung des Blattes, da es keinen „Verantwortlichen“ habe. Die Genossenschaft wird es auf die Entscheidung des Gerichts ankommen lassen. Mögen die finnischen Richter den Beweis erbringen, daß sie die Landesverfassung auch dann zu verteidigen verstehen, wenn es sich um einen Rechtsbruch gegenüber einem Sozialdemokraten handelt.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 4. Mai.

**Achtung, Tapezierer!** Die Tapeziererhilfen Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zutritt nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

**Wegen der Maieier** sind Differenzen in der Wandzielei-fabrik Dänischburg (Willeroy u. Boch) ausgebrochen, deshalb ist der Betrieb für Maurer, Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen gesperrt. Zutritt ist streng fernzuhalten.

**Haarreicher** sucht die Firma Willeroy u. Boch in Dänischburg im hiesigen Organ für Arbeitswilligenvermittlung dem „unparteiischen“ „General-Anzeiger.“ Unständige Arbeiter geben sich bekanntlich nicht dazu her, ihren gemäßigten Kollegen in den Rücken zu fallen.

**Metallarbeiter, aufgepaßt!** Wegen weiteren Umständen von Maßregelungen in Harburg a. d. Elbe für Metallarbeiter aller Branchen gesperrt, ganz besonders aber für Former, Kernmacher, Schloffer und Dreher. Kein Metallarbeiter gehe nach Harburg!

**Die Versammlung der Bürgerwehr**, welche am Montag, dem 8. Mai 1911, abends 6 Uhr, stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Umwandlung einer Polizeivorstelle in eine Oberpostkontrollstelle und zweier Polizeivorstellen in Polizeipostenstellen. 2. Erweiterung

des Hochdruckwasserwerks in Travemünde. 3. Verlängerung der Straßenbahn-Linie Markt-Bahnhof über den Kreuzweg durch die Hanfsaßstraße. 4. Erbauung einer Kleinbahn von Lübeck nach Seeberg. 5. Abänderung des Bebauungsplanes der Vorstadt St. Lorenz für die Finkenstraße. 6. Ausbau der Moisklinger Allee und Erbauung neuer Straßen auf den dem Kaufmann E. Zappe gehörigen angrenzenden Ländereien. 7. Erwerb des Grundstücks Artikel 868 der Mutterrolle von Lübeck, innere Stadt. 8. Verlegung des Dockliegeplatzes bei der Kochischen Schiffsverft. 9. Arealerwerb aus dem Grundstück Untertrave Nr. 88. 10. Erweiterungsbau der zweiten St. Jürgenstraße. 11. Besprechung des Berichtes der Sektion für die Straßenbahn, betr. Einführung von Zeitfahrkarten bezw. deren Beibehaltung auf der sog. Marktlbahn.

**Der Bürgerausschuß** bewilligte in seiner gestrigen Sitzung 2000 Mk. als Beitrag zu den Kosten der deutschen Südpolarexpedition. Hamburg hat 20 000 Mk., Bremen 6000 Mk. dafür ausbezahlt. Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wird der vom Senat beantragte Erwerb des Grundstücks Hundestraße Nr. 64 für 45 000 Mk., sowie der Senatsantrag betreffend Verlegung des Dockliegeplatzes bei der Kochischen Schiffsverft.

**Freiwillig und Reichsverbänder.** Das „Lübecker Tageblatt“ jammert darüber, daß in Baden der Hauptkämpfer der Reichsverbänder, General Liebert, den Freistatigen den Krieg angekündigt hat, wenn sie sich etwa unterstehen würden, mit der Sozialdemokratie ein Bündnis oder ein Kartell abzuschließen. Wozu das erbarmungswürdige Gestöhne? In Lübeck werden die Liberalen ja doch unter dem Protektorat des berückeltesten Reichsverbandes in den Wahlkampf ziehen. Was kümmert es sie also, wenn der gleiche Reichsverband in Baden die Liberalen gerade so verkleumdet wie in Lübeck die Sozialdemokratie. Dazu müßten sie ein großes politisches Reintischeltungsgefühl besitzen, das wir bei ihnen aber noch nie bemerkt haben.

**Neue Verbindungsstraße zwischen der Breiten Straße und Königstraße.** Die Firma Rudolph Karstadt beabsichtigt, ihr an der Johannisstraße, der Breiten Straße und dem Alten Schranken gelegenes Warenhaus durch Hinzunahme der Nachbarhäuser zu erweitern. Sie wünscht, unter der Voraussetzung, daß das alte Spritzenhaus niedergelegt wird, den Erweiterungsbau zugleich über die vor dem bisherigen Nöhringischen Hause und einem Teil ihres Grundstückes liegende Strecke des Alten Schranken auszudehnen und hat zu dem Zwecke dem Staat, vertreten durch die Baudeputation, ein Kaufgebot gemacht, durch das sie sich bereit erklärt hat, für das Straßenareal von rund 180 Quadratmeter 160 000 Mark zu zahlen, auch die an den jetzigen Mieter des Spritzenhauses, Herrn Bernhard Nöhring, zu zahlende Mietentschädigung von 6000 Mark dem Staat ohne Anrechnung auf den Kaufpreis zu vergüten. Die Firma hat sich bis zum 14. d. M. an ihr Gebot gebunden. Die Baudeputation hat befürwortet, das Gebot anzunehmen und in diesem Anlaß zugleich an Stelle der jetzigen Straßen Alter Schranken und kleiner Schranken eine neue Verbindungsstraße zwischen der Breiten Straße und der Königstraße herzustellen, deren Anlegung durch den schon vor Jahren erfolgten staatsseitigen Ankauf der auf dem Gelände der neuen Straße stehenden Häuser bereits vorbereitet ist. Für den Bau der Straße sind von der Baudeputation zwei Pläne entworfen. Der Plan A sieht die Durchführung der Straße in einem Zuge vor, während nach dem Plan B ein Teil des nach der Königstraße zu gelegenen, östlichen Straßengeländes wieder mit Baulichkeiten besetzt werden soll, um welche an der Nordseite die Straße mit Jahrbahn und Bürgersteig, an der Südseite nur ein Bürgersteig herumgeführt. Die Baudeputation hat in erster Linie die Annahme des Planes A befürwortet. Sie hat zugleich den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Erhebung einer Straßenbauabgabe von den Anliegern der neuen Straße, vorgelegt, nach dem die Abgabe für das laufende Meter der Straßefront 1500 Mk., für die beiden Gehäuser von der Breiten Straße jedoch im Hinblick darauf, daß sie schon jetzt höher bauen können, also weniger im Werte steigen werden als die anderen, 750 Mk. betragen soll. Der Senat, der bezüglich der Angemessenheit des Karstadtischen Angebots Bedenken hatte und dem Finanzdepartement die Sache vorlegte, hat zu den von der Baudeputation hinsichtlich der Straßenanlage gemachten Vorschlägen dahin Stellung genommen, daß einem Plan der Vorzug zu geben ist, bei dem die neue Straße an ihrer Ostseite einen architektonischen Abschluß erhält. Hierfür ist die Erwägung maßgebend gewesen, daß ein Bedürfnis für eine neue die beiden Hauptstraßen der Stadt verbindende Fahrstraße, wie dies auch im Bericht der Baudeputation ausgeführt ist, nicht besteht, und daß durch die Errichtung von Baulichkeiten an dieser durch den Blick auf die Marienstraße ausgezeichneten Stelle der Stadt eine ästhetische Wirkung von besonderem Reiz erzielt werden kann. Die Frage, wie der Abschluß der Straße im einzelnen zu geschehen hat, braucht jetzt noch nicht entschieden zu werden. Zurzeit genügt es, wenn die Straße auf der Strecke von der Breiten Straße bis zur Dlgrenze des Hauses Johannisstraße Nr. 12 nach der für diese Strecke gemachten Vorschlägen der Baudeputation erbaut wird. Die Kosten ermäßigen sich alsdann auf 17 500 Mk. Bei der Bedeutung der Straße erachtet es der Senat für geboten, die Vorschläge zu erlassen, daß die Ausgestaltung der Fassaden der Genehmigung des Baudepartements zu unterliegen hat. Das Finanzdepartement hält das Angebot der Firma Karstadt gleichfalls für zu gering und hebt hervor, daß die Erzielung eines höheren Ertrages aus der Straßenbauabgabe ins Auge zu fassen sei. Es sei angemessen, wenn von den Grundstücken an der Breiten Straße bis zur Tiefe von 20 Meter von der Breiten Straße an gerechnet 2000 Mk., bei den übrigen Grundstücken bis an die Dlgrenze des Hauses Johannisstraße Nr. 12 1500 Mk. für das laufende Meter Front erhoben werden. Nach abermaligen Verhandlungen mit der Baudeputation hat die Firma Karstadt ihr Angebot auf 185 000 Mk. erhöht. Der Senat hat diesem Kaufangebot und den Vorschlägen der Baudeputation wie des Finanzdepartements zugestimmt und beabsichtigt, sie nunmehr zur Vorgehmung der Bürgerschaft zu stellen. Der Bürgerausschuß befürwortete in seiner gestrigen Sitzung die Anträge des Senates mit der Abänderung, daß für den an die Firma Rudolph Karstadt zu verkaufenden Straßenteil 250 000 Mk., statt 185 000 Mk. gefordert werden.

**Die Dröstrankenasse in Lübeck** hatte am 1. Mai 1911 21 928 Mitglieder gegen 19 747 im Jahre 1910. Auf Männer entfielen davon 15 287 (1910 13 685), auf Frauen 6641 (1910: 6162). Erwerbsunfähigtrant waren am letzten April 1911: Männer 328 (1910: 299) und Frauen 263 (1910: 267). Ausweislicheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im April 1911 (1910: 1306) erteilt. Sterbegeld wurde im April für Mitglieder in 19 Fällen, für Angehörige in 23 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 16 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortleitung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im April 18 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwoch und Donnerstags, tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

ph. Ermittelt. Hier angetroffen und festgenommen wurde ein aus der Korrekthaus in Brauweiler entwic-  
ner Arbeiter.

pb. Diebstahl. Am Montag, dem 1. Mai d. J., sind  
aus einem an der Lillienstraße belegenen Neubau folgende  
Gegenstände abhandeln gekommen und vermüthlich gestohlen  
worden: 2 Durchlaufhähne mit daran befindlichen 2/3 zölligen  
Vleisrohr von 1,50 Meter Länge, ein vierzölliges Abflußrohr  
von 30 Zentimeter Länge, ein 1 1/2 zölliges Abflußrohr von  
80 Zentimeter Länge, sowie ein Posten Zinn- und Weis-  
abfälle.

Schwartzau-Neusefeld. Die Sprechstunde des  
Arbeitersekretariats findet morgen, Freitag, den  
5. Mai 1911, von 5 bis 8 Uhr abends, im Lokale des  
Herrn Pinkert, Gasthof „Transvaal“, statt.

Travemünde. Ein bedauerlicher Unfall ereig-  
nete sich am Dienstag in der hiesigen Gasanstalt. Zwei  
dort beschäftigte Leute waren beim Anbringen eines Flaschen-  
zuges tätig, wobei sie abstritten; zugleich fiel auch der  
Flaschenzug herab. Einer der Verunglückten wurde erheblich,  
der andere leicht verletzt.

Udesloer. Stadtverordnetenwahl. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden im ganzen 266 Stim-  
men abgegeben. Davon entfielen auf den Maschinenbauer  
Karl Benhien 179, auf den sozialdemokratischen Kandidaten  
Maurer Heinrich Lübbert 86 und auf den bisherigen Inhaber  
des Mandats Kaufmann Hermann Völk 1 Stimme. Die Angst  
vor der roten Gefahr hat es fertiggebracht, daß von circa  
650 bürgerlichen Wählern 180 ihre Stimme abgegeben haben,  
während es im Herbst 1910 nur 89 waren. Es wählten aus  
Furcht vor den schrecklichen Folgen eines sozialdemokratischen  
Sieges viele alte Udesloer Bürger, die noch nie ein Wahl-  
lokal von innen gesehen hatten, die in ihrer Ungebild schon  
den Namen ihres Kandidaten nannten, bevor einer wußte,  
wer sie eigentlich waren.

Kiel. Vom Schwurgericht. Zum zweitenmal zum  
Tode verurteilt wurde, wie schon berichtet, der Schuhmacher  
Friedrich Schild aus Marzow wegen Mordes, Muthschande  
und Verbrechen gegen das selbende Leben. Vor demselben  
Schwurgericht kam noch ein anderes schreckliches Verbrechen  
zur Aburteilung, das dem Gastwirt Hans Holm aus  
Lunden und dessen früherem Dienstmädchen Peters zur  
Last gelegt wurde. Letztere war des Kindesmordes und  
ersterer der Unstiftung angeklagt. Die Peters war die Nichte  
des Holm und bei ihm in Dienst. Sie mußte sich von ihm  
allerlei Zärtlichkeiten gefallen lassen, die schließlich zu uner-  
laubtem Verkehr führten, der nicht ohne Folgen blieb.  
Holm versuchte nun, die Leibesfrucht abzutreiben, was  
ihm aber nicht gelang. Er soll nun Anfang Juli  
1910 die Peters veranlaßt haben, das neugeborene Kind zu  
töten. Die Leiche vergab Holm im Stall. Erst im De-  
zember kam dieser Vorfall an die Öffentlichkeit und zu  
Ohren der Polizei. Beide Angeklagte behaupten, daß das  
Kind bei der Geburt schon tot war. Das Gegenteil ließ  
sich nicht mehr feststellen. Die Geschworenen erkannten die  
Peters nur der versuchten Abtreibung und Holm der Bei-  
hilfe schuldig. Die Peters, der allerseits ein gutes Zeugnis  
ausgestellt wird, erhielt drei Monate Gefängnis und Straf-  
ausmaß. Holm, dem nachgewiesen wurde, daß er auch  
seinem früheren Dienstmädchen nachstellte, erhielt ein Jahr  
drei Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust.

Köln. Der Prozess wegen des Zusammen-  
bruchs des Dfseebades Heiligendam wurde  
gestern beendet. Der Angeklagte John Marlitt wurde zu  
5 Monaten 3 Tagen Gefängnis verurteilt, und zwar wegen  
Betrugs zum Nachteil der Firma Haake-Bremen und wegen  
Konkursvergehens. Die Strafe wurde durch die sechsmonatige  
Untersuchungshaft für verbüßt erachtet. Die beiden anderen  
Angeklagten wurden freigesprochen.

## Die Ausschreitungen der Arbeits- willigen der Maschinenbau- gesellschaft vor dem Schwurgericht.

### 4. Verhandlungstag.

Heute morgen beginnen die Klädoyers. Staatsanwalt  
Dr. Eschenburg hob in seiner Anklagerede hervor, daß  
nach dem Bekanntwerden der Tat am 25. September v. J.  
man geglaubt habe — und ein Teil der Presse habe dies mit  
Nachdruck vertreten — daß die Arbeitswilligen der Lübecker  
Maschinenbau-Gesellschaft von Streikenden belästigt und an-  
gegriffen worden seien; die Angeklagten sich so-  
mit in einer Zwangslage befunden hätten und  
von der Waffe Gebrauch machen  
mußten. Einige Leute bedauerten sogar, daß  
nicht noch mehr Kugeln, die sie in Notwehr ab-  
gaben, die Streikenden getroffen hätten.  
Wald zeigte es sich jedoch, daß von einem Angriff  
der Streikenden nicht die Rede sein konnte, sich  
Belästigungen in jener Nacht nicht abgespielt hatten.  
Auch die Beweisaufnahme ergab keine für die Ange-  
klagten günstige Färbung der Vorfälle jener Nacht, sie  
ergab klar und deutlich, daß keine Abweisung der Angeklag-  
ten gegen die Lübecker Bevölkerung vorgelegen habe. Die  
Beweggründe, die den Anlaß zu den Krawallen gegeben  
haben, sind darin zu suchen, daß Anfang September 1910  
einige hundert Arbeitswillige von Rheinland-Westfalen nach  
Lübeck kamen, weil die Arbeiter der Maschinenbau-  
Gesellschaft in den „Streik“ getreten waren.  
Die Arbeitswilligen wurden kaserniert, um von  
Belästigungen verschont zu werden. Solche Belästi-  
gungen haben aber in keiner Weise statt-  
gefunden, die Angeklagten haben selber ge-  
sagt, daß die „Streikenden“ im allgemeinen  
ruhige Leute sind. Sicherlich sind die Arbeitswilligen  
von den Streikenden scharf bewacht worden, vielleicht wurde  
auch von den Streikenden gesagt, sie möchten die Arbeit  
niederlegen. Das war ihr gutes Recht, aber  
Angriffe und Belästigungen haben in keiner Weise stattge-  
unden. Im Gegenteil: der Koch wurde von den eigenen  
Genossen ins Wasser geworfen. Die Beamten der Ma-  
schinenbau-Gesellschaft, der Kolonnenführer  
Rohmann und der Schuhmann Martens bekunden  
übereinstimmend, daß keine Belästigungen  
vorgekommen sind. Schuhmann Martens hat bei  
seinem Dienst wohl Leute gesehen, Streikende,  
aber von diesen hatten die Angeklagten nichts zu befürchten.  
Schon vorher haben die Arbeitswilligen Schüsse abgegeben,  
nur allein um Kadav zu machen. Jedenfalls sind  
von den Streikenden niemals Schüsse ab-  
gegeben worden. Trotzdem haben sich die Ar-  
beitswilligen bewaffnet; scharfe Waffen trugen  
die Burschen, Dolchmesser und anderes; einer,  
der leider nicht zu den Angeklagten, aber zu den Arbeits-  
willigen gehört, war sogar mit einem Gummischlauch be-  
waffnet, der eine Eiseneinlage hatte. Da drängt sich doch  
der Gedanke auf, daß nicht — wie die Angeklagten  
darstellen wollen — sie aus Angst vor den Streikenden sich  
bewaffneten, sondern um Kadav zu machen; sie wollten  
den Lübeckern zeigen, was sie sind.

Furcht vor den Streikenden spielte absolut  
keine Rolle. — Im weiteren Verlauf seiner Rede hob der  
Staatsanwalt hervor, daß keinesfalls nur grober Unfug vor-  
liege, wie die Verteidigung hervorzuheben beabsichtige, denn  
dann hätten sich die Geschworenen heute nicht mit den Ange-  
klagten zu beschäftigen, und das Gericht hätte eine schwere  
Verantwortung auf sich geladen, wenn es deswegen 4 Tage  
hier verhandelte, denn grober Unfug gehöre nicht  
vor das Schwurgericht, der werde mit höchstens 6 Wochen  
Gefängnis bestraft, während die Angeklagten schon 6 Monate  
in Haft seien. Ob drei einzelne Fälle oder eine zusammen-  
hängende Tat angenommen werde, auf jeden Fall  
liege Landfriedensbruch vor, es seien Menschen-  
leben in Gefahr gewesen. Die Tat an sich sei  
eine außerordentlich schwere, nur wie ein Wunder  
seien Buschow und Puls gerettet worden.  
Dem 21-jährigen, schon sechs mal vorbestraften Cramer, der  
die größte Rolle bezieht und die geistige Leitung hatte,  
könnten mildernde Umstände nicht zugebilligt werden, die er  
den andern Angeklagten nicht abprechen wolle, bei Hünere-  
beim schon deswegen nicht, weil er durch die Zuchthausstrafe  
vom Militärdienst befreit wurde, der die beste Zucht für  
solche Leute sei. Nächst Cramer habe sich Hünerebeim am ge-  
fährlichsten benommen. Zum Schluß der zweiwöchigen An-  
klagerede ersuchte der Staatsanwalt, die Schuldfragen zu  
bejahen, damit die Angeklagten, die den Geschworenen frech  
ins Gesicht gelacht hätten, die verdiente Strafe erhalten  
würden.

Verteidiger Mol (wo) bestritt in jedem Fall, daß  
Landfriedensbruch vorliege, der nur festgestellt werden könne,  
wenn eine öffentliche Zusammenrottung einer Menschenmenge  
stattfindet, die mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten bege-  
he. Bei Luttmann habe Buschow den Anlaß zum Streit  
gegeben, indem er zu den Angeklagten gefagt habe, hier wird  
nicht geklagt. Durch die Frage Buschows, wo sie arbeiteten,  
sei bei den Angeklagten der Eindruck hervorgerufen worden,  
daß die Streikenden mit ihnen anbinden wollten. Da-  
durch sei von anderer Seite eine gewisse Feindselig-  
keit zur Schau getragen worden. Auch bei  
Puls seien die Angeklagten durch den Eintritt Gammis und  
Buschows der Meinung gewesen, einige von ihnen seien be-  
droht. Zweifellos seien hier Gewalttätigkeiten begangen,  
aber es fehle hier der Begriff der Öffentlichkeit, die den  
Landfriedensbruch kennzeichne. Die Angeklagten kannten  
sich nicht näher, aber sie wußten, daß sie alle Arbeitswillige,  
und auf der Fabrik tätig waren, sie bildeten eine geschlossene  
Gesellschaft. Es sei zwar gesagt worden, die Arbeitswilligen  
seien nicht belästigt worden, aber die Arbeitswilligen hätten  
doch eine gewisse Erfahrung in Streiks, sie wußten, daß  
anderwärts solche Gewalttätigkeiten gegen sie begangen  
würden; hatten also Grund, auf der Hut zu sein. Sie be-  
waffneten sich, weil sie vor den Streikenden Angst hatten,  
denn diese Angst ergab sich schon aus der Kasernierung,  
durch die sich die Arbeitswilligen bedroht fühlen konnten.  
Weil sie zusammen und bewaffnet ausgingen, kann keine  
Zusammenrottung festgestellt werden. Es kann nur grober  
Unfug und Körperverletzung in Betracht kommen.

Rechtsanwalt Dr. Kähler schließt sich den Ausfüh-  
rungen seines Vordruckers an, auch er verneint die Frage  
auf Landfriedensbruch. Die Angeklagten Cramer und Hünere-  
beim hätten aus reiner Kadavlust gehandelt, letzterer habe  
im Keller bei Puls in eine Richtung geschossen, wo gar keine  
Menschen standen. Wären solche dort gewesen, so könnten  
es nur Arbeitswillige sein, also seine Freunde, und die wollte  
er doch nicht schießen; bei Cramer komme event. noch Kör-  
perverletzung neben dem groben Unfug in Betracht.

Rechtsanwalt Dr. Jhde findet bei diesen Delikten eine  
Lücke im Gesetzbuch, auf Grund dieser die Angeklagten frei-  
zusprechen wären, wenn nicht bei solchen Lücken das Mäd-  
chen für alles im Strafrecht, der grobe Unfugparagraf  
herangezogen werden konnte. Eine Teilnahme an Krawallen  
sei nur strafbar, wenn ganz schwere Folgen ein-  
treten, also ein Mensch getötet worden oder eine  
schwere Körperverletzung eingetreten wäre. Nicht die Lübecker  
Bevölkerung sei mit den bekannten Drohungen gemeint ge-  
wesen, sondern die Streikenden, die allerdings keinen Anlaß  
gegeben haben, daß sich die Arbeitswilligen bedroht fühlen  
konnten.

Damit sind die Klädoyers beendet.  
Es tritt bis 4 Uhr eine Mittagspause ein.

## Aus der Partei.

Genosse Stadthagen schwer erkrankt. Genosse Reichs-  
tagsabgeordneter Stadthagen ist am Mittwoch nach-  
mittags im Reichstag plötzlich so schwer erkrankt, daß sich  
seine Überführung nach dem Krankenhaus notwendig machte.  
Stadthagen, der sich vormittags lebhaft an den Verhandlun-  
gen der Kuppelkammer-Kommission beteiligt hat, sprach nach-  
mittags im Plenum des Reichstages über das Hilfskassen-  
gesetz. Man konnte ihm anmerken, daß er von erheblichen  
Schmerzen geplagt war und fast unmittelfach, nachdem er  
geendet, brach er zusammen. Stadthagen leidet an einem  
alten Buchschaden. Man brachte ihn sofort nach einem der  
kleinen Zimmer im Reichstage, wo sich zwei Ärzte um ihn  
bemühten, ohne ihm aber helfen zu können. Schließlich  
wurde er unter Leitung des freimüthigen Reichstagsabgeord-  
neten Dr. Struve nach dem Krankenhaus gebracht, wo  
er noch am Abend operiert werden sollte. Jedenfalls wird  
Stadthagen, auch wenn die Operation gut verläuft, doch  
längere Zeit den Verhandlungen des Reichstages fernbleiben  
müssen. — Nach den letzten Nachrichten ist die Operation  
günstig verlaufen.

Das Maimzugs-Verbot in Halle. Nach wiederholter  
Aufforderung hat sich die Polizeiverwaltung in Halle nun  
doch noch nachträglich dazu bequemt, eine „Begründung“ für  
ihre Verbot des Maimzuges zu geben. Im edelsten Polizeid-  
eutsch heißt es darin: „Bei dem Wege, den der Maimzug  
nehmen sollte, ist eine Gefährdung des öffentlichen  
Verkehrs, die zugleich die öffentliche Sicherheit be-  
troffen hätte, zu befürchten.“ Weiter heißt es: „Es muß  
auf den demonstrativen Charakter der geplanten  
Veranstaltung und darauf Rücksicht genommen werden, daß  
in einer Stadt von über 180 000 Einwohnern, wie in der  
Bevölkerung jeder Großstadt, notorisch zahlreiche  
Elemente vorhanden sind, die eine ausge-  
sprochene Neigung zu Skandalen und Wider-  
sätzlichkeiten gegen die öffentlichen Sicher-  
heitsorgane haben und nur auf die Gelegen-  
heit solcher Veranstaltungen warten, um  
ihrer Neigung zu fröhnen. Unter diesen Um-  
ständen kann die Verantwortung für die  
Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicher-  
heit und den Schutz des Rechtsfriedens der  
Allgemeinheit bei Zulassung des Maim-  
zuges nicht übernommen werden.“

Abteilung II. J. B.: (gez.) v. Dossow.  
Die kuriose Motivierung atmet schlimmsten Polizeigeist.  
In Halle pflegt man ihn grundsätzlich in preußischer  
Reinkultur.

Landratsängste. Der Landrat in Gisleben hat eine  
Beschwerde wegen des Maimzugs-Verbots in der Dorf-  
gemeinde Helbra abgewiesen. Die Ortspolizeibehörde  
habe mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Teil-

nehmer an dem Maimzuge sich in erregter Stimmung befinden  
und zu Ausschreitungen neigen werden.“ Außerdem werde  
durch die sehr beträchtliche Zahl von Teilnehmern und Zu-  
schauern die öffentliche Sicherheit gefährdet, da — die Dorf-  
straßen in Helbra sehr eng seien und die Hauptstraße starken  
Fuhrverkehr aufweise. Helbra scheint danach auf dem besten  
Wege, Weltstadt zu werden!

Rechtprozess. Wegen angeblicher Beleidigung des christ-  
lichen Arbeitersekretärs Schmitz in Reife wurde der ver-  
antwortliche Redakteur der „Düsseldorfer Volkszeitung“, Ge-  
nosse Müller, zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Wahlvorbereitungen. Die Kreis-Generalversammlung  
des Wahlkreises Züllichau-Kroffen beschloß nach einem Re-  
ferat des Kandidaten, Genossen Grauer-Lichtenberg, die Ein-  
führung eines Wochenbeitrages von 10 Pf., und eines sol-  
chen von 5 Pf. für die Frauen. Die Delegierten dieses  
rein ländlichen Wahlkreises befanden, daß im ganzen Kreise  
eine lebhaftige Kampfesstimmung vorhanden sei.

## Soziales.

Betriebskranken- und Versicherungsordnung.  
Der Ausschuß des Verbandes zur Wahrung  
der Interessen der deutschen Betriebs-  
kranken- und Versicherungsordnung nahm am letzten Sonnabend zu der  
Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Kommissions-  
beschlüsse Stellung. In einer Resolution wird gegen  
die Beschränkung der Betriebskranken- und gegen die  
erschwerenden Voraussetzungen für ihre Zulassung „ent-  
scheidender Widerspruch“ erhoben. Die Betriebskranken-  
kassen hätten sich „aufs Beste bewährt“, seien „besonders leistungs-  
fähig“ und hätten große Vorzüge. Das gelte besonders  
auch von den kleinen Betriebskranken- und Krankenkassen,  
die häufig mehr leisten wie große Ortskranken- und Krankenkassen.  
„Vollkommen unannehmbar“ sei die Festsetzung, daß Betriebskranken-  
kassen nur zugelassen werden sollen, wenn und solange sie die  
allgemeine Orts- und Landkranken- und Krankenkasse nicht ge-  
fährden. Die Resolution versucht dann mit einem  
plumpen Ausfall die „geringere Leistungsfähigkeit  
einer Ortskranken- und Krankenkasse“ zum guten Teil auf die Art zurück-  
zuführen, wie sie verwaltet wird.“ Auch die gegen das Ver-  
sicherungsamt erhobenen Bedenken seien durch die Kom-  
missionsberatung keineswegs erledigt. Es vermehre die Zahl  
der ehrenamtlich tätigen Personen und das Beamtenheer und  
leite auch einer Verstaatlichung der Reichsversicherungs-  
Vorsicht. Das Verfahren vor dem Versicherungsamt sei zu  
unmöglich, es erschwere und verlangame den Geschäfts-  
gang. Die Arztfrage sei ungelöst geblieben. „Trotz der an-  
erkannten schlimmen Lage, in der sich die Krankenkassen den  
Ersten gegenüber befinden, ist es unter dem Druck der  
Generalstreik-Drohungen des Leipziger  
Verbandes unterlassen worden, dem von  
diesem Verbandsverbände geübten Koalitionszwang und  
der mißbräuchlichen Ausnutzung der  
Ständesorganisation und der Ehreng-  
richtigkeit durch geeignete gesetzliche Vorschriften entgegen-  
zutreten. Wenn auch zugegeben werden soll, daß die Er-  
mächtigung, an Stelle der ärztlichen Behandlung einen Ver-  
trauensarzt zu ernennen, den Krankenkassen in gewissen Fällen  
bei Kämpfen mit den koalitierten Ärzten eine Erleichterung  
verschaffen kann, so bleibt doch im wesentlichen der  
gegenwärtige schlimme Zustand bestehen, bei  
welchem Ärzte in der Lage sind, den Kran-  
kenkassen ihre Bedingungen aufzuzwin-  
gen.“ Den Krankenkassen müsse das Recht bleiben, nur be-  
stimmte Apotheken zur Lieferung zuzulassen. Auch eine Reihe  
einzelner Bestimmungen rufe die größten Bedenken  
hervor, so namentlich die mangelnde Sicherung der  
Krankenkassen gegenüber der Ausnutzung bei Dop-  
pel- und Überversicherung (§ 205); die Einschrän-  
kung für die Festsetzung einer Wartezeit bei Mehr-  
leistungen (§ 221); die viel zu hohe Bemessung des Entschades  
für Kranken- und Krankenhauspflüge (§§ 228a, 232, 1485);  
die Fortsetzung der Versicherung in der früheren Lohnhöhe  
bei Lohnminderung (§ 412a); die ungerechte Bestimmung  
herangezogen werden soll, wenn in seinem Betriebe eine  
größere Krankheitsgefahr besteht; die Gewährung von Dop-  
pelleistungen an Unfallverletzte nach Ablauf der 13. Woche  
(5. Buch).“ Die Resolution schließt mit folgenden Sätzen:  
„Insgesamt bietet die Reichsversicherungsordnung zwar  
manche Fortschritte in der sozialen Für-  
sorge. Dem gegenüber legt sie aber den Erwerbs-  
ständen insbesondere der Industrie neue  
große Lasten auf, enthält vielerlei  
Beschränkungen und Erschwerungen und in dem Versiche-  
rungsamt höchst bedenkliche Entwicklungs-  
möglichkeiten. Obendrein werden die Betriebskranken- und  
Krankenkassen wesentlich beschränkt, stark gefährdet und in eine für alle  
Zukunft unsichere Lage gebracht. Sollte in diesem  
Punkte nicht noch eine Änderung erzielt werden, die den un-  
geschmälerten Fortbestand der Betriebskranken- und Krankenkassen sichert,  
so ist die gesamte Neuregelung der Versicherungs-  
gesetzgebung für den Verband unannehmbar.“

## Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 3. Mai.  
Bauern-Butter Rfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter  
Rfd. — 1,35 Mk., Halen — Mk., Enten — Mk.  
Süßner 2,00—3,00 Mk., Rüssen Stk. 0,00—0,00 Mk., Tauben  
Stk. 0,55—0,70 Pf., Gänse Stk. — 2,00 Mk., Fickgans  
0 Mk., Schinken Rfd. 0,95—1,05 Mk., Schweinskopf Rfd.  
55—60 Pf., Wurst Rfd. 1,20—1,40, Eier u. 10 60 Pf.,  
Seringe 2 St. 10 Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg.,  
Karpfen — 0,00 Mk., Geräuch. Lachs Rfd. 1,00—2,00 Mk.,  
Schwie Rfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen — Pf., Sechte Rfd.  
— 70 Pf., Barsche Rfd. — 70 Pf., Mal Rfd. — 1,00 Mk.,  
Karaufsch Rfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl  
d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Rfd. — Mk., Gurken  
100 Rfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Rfd. — Mk., Nessel-  
verschiedene pr. 100 Rfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Rfd.  
— Mk., Kirichen Rfd. — Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfund  
50—70 Pf., Mand Rfd. — Pf.

### Getreidepreise.

Lübeck, 3. Mai.  
Weizen, 125—130 Rfd. holl. 185—192 Mk. Roggen 115—  
122 Rfd., holl. 145—155, Gerste, nach Qualität  
150—160 Mk. Hafer, nach Qualität, 150—165 Mk. hoch-  
fein über Notz, per 1000 Kilo.

### Butter-Notierungen.

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
Samburg, 3. Mai.  
1. Klasse 501 Drittel zu 116,10 Mk. im Durchschnitt.  
2 39 111,40 Mk.  
Unverkauft blieben 25 Tonnen.

Verantwortlich für die Abdruck „Lübeck und Nachbargebiete“  
und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig,  
für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellin.  
Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. C.  
Sämtlich in Lübeck.

# Conrad Tack & Cie.

Verkaufshaus Lübeck:  
**Breitestraße 47.**

Schuhwaren-Fabrik BURG b. M. :: 125 Filialen. :: Ueber 2000 Angestellte.

## Damen=

### Schnürstiefel

- fein Boxleder oder Chromleder mit **Lackkappen**, extra preiswert . . . **6<sup>50</sup>**
- braun** echt Chevreau, **unerreicht in dieser Preislage** . . . . . **6<sup>75</sup>**
- Dieselben mit **Lackzierkappen** . . . . . **7<sup>50</sup>**
- la. schwarz Chromleder — Derby-schnitt mit Lackkappen — moderne breite Form — amerik. Absatz . . . **7<sup>50</sup>**
- echt Boxkalf — besonders preiswerte Qualitäten . . . . . **7<sup>90</sup>**
- braun** und schwarz Chevreau, beliebte Promenadenstiefel . . . . . **8<sup>50</sup>**
- echt Boxkalf, in moderner schmal-eckiger Form . . . . . **9<sup>50</sup>**
- braun** und schwarz Chevreau, oder schwarz Boxkalf, mit und ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, neueste Fassons u. Absatzformen . . **10<sup>50</sup>**
- ff. braun** und schwarz Chevreau, schwarz Boxkalf, m. u. ohne Lackk., auch in Derbyschnitt, „Goodyear-Welt“-Ausführ., **aparte Frühjahrs-Neuheiten 18.50, 16.50, 14.50 12<sup>50</sup>**

Von der Mode begünstigt:

### Damen-Halbschuhe

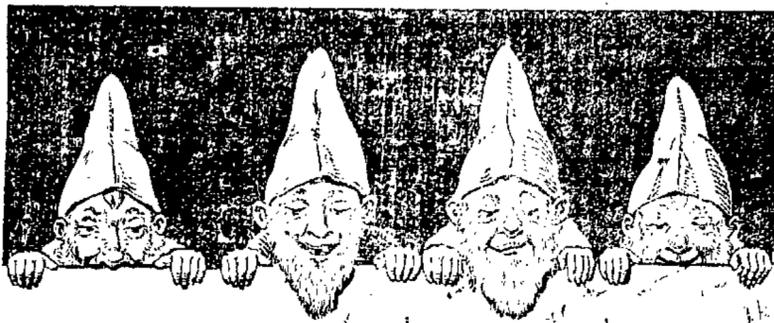
zum Schnüren, braun und schwarz in überaus schicken Formen 10.50, 8.50, 7.50, 6.75 **5<sup>90</sup>**

### Damen-Spangenschuhe

schwarz 6.50, 5.20, 4.60, 3.90, 3.40, 2.90 **2<sup>45</sup>**

### Damen-Leder-Hausschuhe

schwarz und farbig . . . . . **2<sup>60</sup>**



**! Neu !** Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren.

D. R. P. 174209.

Anerkannt der bequemste Stiefel der Gegenwart.

braun **16<sup>50</sup> 14<sup>50</sup>** schwarz **16<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 11<sup>50</sup>**



## Herren=

### Schnür- und Zugstiefel

in wetterfesten Qualitäten und bequemen Fassons . . . . . Mk. 7.50, **6<sup>50</sup>**

### Schnallenstiefel

in der Schaftweite verstellb. — äußerst bequem u. praktisch 16.50, 12.50, 9.80, **6<sup>90</sup>**

### Zugstiefel

gewalkt, la. Lederarten, vorzügliche Paßformen . . . . . 10.80, 9.50, 9.20 **7<sup>50</sup>**

### Schnürstiefel

fein Boxleder oder Chromleder mit Lackkappen in modernen Formen . . **7<sup>50</sup>**

**braun** echt Chevreau, mod. schlanke Form . . . . . **8<sup>50</sup>**

Dieselben mit **Lackzierkappen** . . . . . **9<sup>60</sup>**

Schwarz Chevreau, mit u. ohne Lackkappen — moderne Ausstattung . . **10<sup>50</sup>**

**braun** Chevreau, Derbyschnitt, schlanke Fasson, oder schwarz Boxkalf, elegant und solide . . . . . **10<sup>90</sup>**

**ff. braun** und schwarz Chevreau oder Boxkalf mit und ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, „Goodyear-Welt“-Ausführung, neueste Frühjahrs-Mode . . **16.50, 14.50, 12<sup>50</sup>**

**Arbeitschuhe und Stiefel** aus dauerhaftem Leder zu billigsten Preisen

**Mädchen u. Knabenstiefel**

Fein Boxleder, moderne breite Form

Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35

4<sup>80</sup> 4<sup>60</sup> 4<sup>90</sup> 5<sup>30</sup> 5<sup>70</sup>

**braun** echt Ziegenleder

Gr. 25-26 3<sup>70</sup> 27-30 4<sup>50</sup> 31-35 5<sup>20</sup>

**braun** echt Chevreau — elegant

Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38

4<sup>75</sup> 5<sup>25</sup> 5<sup>75</sup> 6<sup>25</sup> 6<sup>75</sup> 7<sup>50</sup>

mit **Lackkappen 50 Pfg.** mehr

**Sandalen für Knaben und Mädchen**

in großer Auswahl.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen an  
**Th. Ehlers u. Frau**  
Dora geb. Lanabehn.

Am 3. Mai entließ sanft nach langem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Sophie Brandt**  
geb. Schapert

im 66. Lebensjahre. Tief betrauert von ihren Kindern und Enkeln.

**W. Rohde u. Frau**  
geb. Brandt.

Die Trauerfeier beginnt am Montag 1 1/2 Uhr in der Kapelle des Vorwerfer Friedhofs.

### Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden sage hiermit allen Bekannten, sowie meinen Kollegen vom Lagerhalter-Berbande, dem Sozialdemokratischen Verein, den Vorstandsmitgliedern des Konsumvereins für Lübeck u. Umgegend und Herrn Pastor Denker meinen innigsten Dank.

**K. Fank nebst Tochter.**  
Schlutup, Brednerstraße 15/17.

Für die vielen Gratulationationen und Geschenke zur silbernen Hochzeit danken herzlich

**Heinrich Westphal u. Frau.**  
Lübeck, den 29. April 1911.

Die über D. Bezug ausgesprochene Befreiung nehme ich hiermit zurück.  
Hr. Buc.

### Für Brautleute!

Neue moderne **Wohnungseinrichtung**

bestehend aus Wohnzimmer, Schlafzimmer u. Küche. Preis 500 Mk.

**H. Rist, Möbelgeschäft**  
Hundestraße 13.

Fernspr. 299

# Nicolai Jäger jr.

G. m. b. H.

Fischhandlung — Lachsräucherei — Delikatessen.

Heute eröffnen wir unser altes langjähriges, bis 1. Mai an die Herren C. G. Kuhnert Söhne verpachtet gewesenes

**Stadtgeschäft — Fischstr. 31**

wieder für unsere eigene Rechnung.

Das uns von jeher geschenkte Vertrauen bitten wir uns auch jetzt wieder zuzuwenden.

**Nicolai Jäger jr. G. m. b. H.**

Fernspr. 299. — Fischstrasse 31.

Fernspr. 299

Fernspr. 299

Zum 1. Juli eine **Zwei-Stuben-Wohnung** zu vermieten, am liebsten an Leute ohne Kinder.  
Kerkringstraße 26, part.

Ein Zimmer für einen jungen Mann mit Morgentee pr. Woche 2 Mk.  
Wakenhauer 148  
b. d. Glockengießerstr.

Neue **Milchgarnitur** billig zu verkaufen. Preis 80 Mk.  
Steinraderweg 21.

Ein fast neuer, heller **Sommerhut** billig zu verkaufen.  
Schwartauer Allee 82, II.

Für Händler und Wiederverkäufer:  
**Feinstes Leder-Putzmittel der Gegenwart!**  
**Marokko-Schuh-Creme**

völlig geruchlos, in hohem Maße das Leder konservierend bei hohem dauernden Glanz. Direkt vom Fabrikanten ohne Zwischenhandel, daher raumend billiger Bezug. Keine marktübliche Reklame, nur beste Ware ohne Zusatz von Terpentin und dergl. dem Leder schädlichen Substanzen. Bei Rückgabe von 5 leeren Dosen 1 Dose Creme gratis. Fordern Sie Preisliste.

**F. W. Wendt, Fuchtingstraße 21**  
auch Adlerstraße 38, I.

**Lachsabfall**

verkaufen wieder selbst

**Nicolai Jäger jr.**

G. m. b. H.  
Fischstraße 31.

Zum 1. Mai suche ich ein **Tagesmädchen.**

Auguste Quitzow,  
Königsstraße 78, I.

Die **Arbeiter-Garderoben** aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kohlmarkt 4 **10**

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2.20-6.45  
Maurerhosen . . . 2.60-6.75  
Schlosserhosen . . . 1.88-5.25  
Überziehhosen . . . 1.08-2.35  
Zwirnhosen . . . 1.68-3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kagen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

**Kenner behaupten mit Recht:**

**Malzol**

echter ärztlich empfohlener **Malz-kaffee** ist in Qualität unerreicht, an Billigkeit durch die nützlichen Zugaben unübertroffen.

Vertretung und Lager:

**Hans Wilms.**

Fernsprecher 2065.

**Arbeiter-Abstinenzbund**

**Versammlung**

am Freitag, dem 5. Mai  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.



Emmel (SS.) Ich war es.  
Weber (SD.) sich zu Emmel wendend: Sie haben nicht zu antworten, wir sind hier in keiner Schule.  
Vizepräsident Dr. Spahn: Ich rufe den Abg. Emmel zur Ordnung. (Weifall rechts und im Zentrum.)  
Vehrens (Wg.): Meine Freunde begrüßen die Vorlage, die geeignet ist, die Schwindelkassen zu bekämpfen. Den Sozialdemokraten bestreiten wir das Recht, sich als die alleinigen Vertreter der Arbeiter hier aufzuspielen. (Bravo! bei den bürgerl. Part.)  
Ledebour (SD.): Auf Stadthagens Bemerkung, daß von sozialdemokratischer Seite in der Presse wiederholt auf Schwindelkassen hingewiesen sei, und daß dann die sozialdemokratischen Redaktoren bestraft wurden, hat Dr. Weber erklärt, Schwindler gibt es überall, in der Sozialdemokratie und bei den bürgerlichen Parteien. Diese allgemeine Bemerkung ist richtig, private Schwindler kommen in allen möglichen Organisationen vor. Aber darum hat es sich hier nicht gehandelt, sondern um den Kampf gegen die Schwindelkassen, die systematisch zur Verschwendung der Arbeiter gegründet sind. Herr Weber suchte den Kampf gegen die Schwindelkassen auf das Gebiet der privaten Schwindler hinüberzuspielen. (Widerspruch des Abg. Dr. Weber.) Gewiß, durch Ihre Bemerkung haben Sie die generelle Frage der Bekämpfung der Schwindelkassen auf die Frage hinüberzuspielen versucht, ob nicht in allen Organisationen Schwindler zu finden sind. Und dazu lag doch gar kein Anlaß vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.  
Der Entwurf wird an die Kommission für die Reichsversicherungsordnung verwiesen.  
Es folgen Petitionen.  
Eine große Anzahl Petitionen werden nach den Anträgen der Kommission debattelos erledigt.  
U. a. werden als Material überwiesene Petitionen betr. Maßnahmen zur Behebung der Fleischnot und Petitionen auf ausreichende Entlohnung der Angestellten in Bahnhöfen unter Abschaffung des Trinkgeldzwangs, auf Festlegung des Osterfestes, auf Einführung des Bedürfnisnachweises im Wandergewerbe, auf Errichtung eines selbständigen Wahlkreises Charlottenburg, auf Einführung eines einheitlichen gleichen Wahlrechts für die Wahlen zu allen Volksvertretungen.

Zur Berücksichtigung überwiesen wird u. a. die Petition betr. die Gewährung von Unterstufungen an Zündholzarbeiter.  
Sodann wird die vor einigen Monaten abgebrochene Diskussion über die Petitionen betr. Abänderung des Impfgesetzes fortgesetzt.

Die Kommission beantragt Übergang zur Tagesordnung.  
Dagegen beantragt ein nicht fraktioneller — Antrag Sachse-Severing (SD.) Überweisung der Petitionen, soweit sie Aufhebung des Impfzwanges und Einführung einer Gewissensklausel nach englischem Muster fordern zur Berücksichtigung, der übrigen als Material.

Die Abgeordneten v. Damm-Liebermann von Sonnenberg (Wg.) beantragen eine Erweiterung des Antrages Sachse-Severing in dem Sinne, daß auch die Petitionen um Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Ein nicht fraktioneller — Antrag Fassbender — Dr. Pfeiffer (Z.) verlangt Überweisung der Petitionen um Aufhebung des Impfzwanges als Material, Revision des Impfgesetzes unter Einfügung der Gewissensklausel, Einsetzung einer zu gleichen Teilen aus Impffreunden und Impfgegnern zusammengesetzten Kommission und Vorlegung des von dieser Kommission zu sammelnden Materials als Denkschrift.

Dr. Fleischer (Z.) polemisiert gegen die Ausführungen, die vor einigen Monaten der Geheimrat Kirchner gemacht hatte. Redner erwähnt u. a., daß eines seiner Kinder schwere Schäden infolge der Impfung erlitten habe. Die statistischen Angaben des Geheimrats Kirchner seien tendenziös zurechtgerichtet. Redner verlangt namentlich die Einfügung der Gewissensklausel, die sich in England ganz vorzüglich bewährt habe. Geheimrat Kirchner hat selbst erklärt, daß die Impfung keine lebenslängliche Immunität gewähre. Die Immunität erstreckt sich nach Geheimrat Kirchner etwa auf zehn Jahre. Wenn sie konsequent wären, müßten die Impffreunde also fordern, daß die Impfung von zehn zu zehn Jahren wiederholt würde. Würde diese Forderung aber im Ernst erhoben, so würde sich ein Sturm der Entrüstung im ganzen Lande erheben. (Lebhafte Zustimmung bei den Impfgegnern.) Ich bitte das Haus, alle Anträge anzunehmen, die auf Berücksichtigung der impfgegnerischen Petitionen dringen, ganz besonders aber

verhindern, daß treppauf treppab der beschwerte Taschensack ihn, einem Glockenschloß ähnlich, mit sanften Schwenkungen begrüße. Jeder Schlag entlockte den eingeschlagenen Geschöpfen ein dumpfes Grunzen, wie es in verkleinertem Maßstabe schlichte, gemahlene Zerfel etwa ausstoßen würden. Dieser höchst verdächtige Lärm klang überzog seine Wangen mit immer wiederkehrender Schamröte, und er pries sich glücklich, als er in schon gestülpten Saale einen Winkel eroberte, wo zwei Mannern ihm den Rücken deckten, und wo er bewegungslos wie ein Laternenpfahl stehen blieb, um nur den abschließlichen Ton aus dem Hintergrunde nicht hervorzuhören. Es war für ihn ein schlimmer Abend. Seine Gutmütigkeit hielt ihn ab, des gewandten Franzosen Vertraulichkeit zu täuschen, und doch litt er unausprechlich durch die Befürchtung, der Berrat könne von den Reichsmitgliedern ausgehen; denn im äußersten Falle, wenn seine Nachbarn dem Geräusch im Winkel ihr Ohr geliehen, die Spur desselben verfolgt hätten, was wäre ihm übrig geblieben, als die Schuldigen zu nennen? Während die entzückten Kleinmächtler allen Schwänzen und Spicleretten des Herrn Charles ein an Begeisterung grenzendes Erschauen darbrachten, froh in die Hände klatschend, sobald er ihnen wieder eine Nase gedreht und sie durch seinen Hofus-Pokus betrogen, vermochte Anton gar nichts zu denken als nur: Ihr habt gut lachen und applaudieren, euch regen und bewegen, ihr Menschen! Ihr habt keine Wiederwärtigen im Saal!

Die erste Abwechslung ging vorüber mit verwechsellerten Ohren, in die Luft geschossenen Augen, erratenden und tangenden Lächeln, erblühenden Wangen, gerupften Sperlingen und jämmerlichem Jubel der jener herzlich langweiligen Unterhaltungen, durch welche man ehrliche Leute zu amüfieren pflegt.

In der zweiten entwickelte Herr Charles seine unaussprechlichen, innerlichen Fähigkeiten als Bauchredner in allerlei geistvollen Dialogen, deren besonders einer, zwischen ihm und einem aus dem Schornstein auftretenden Kaminfeger, den höchsten Grad der Zänckung erreichte, so daß Antons Nachbar, ein scharf kritischer Kopf, darauf schwur, es werde kein Phantasiegebilde des Herrn Charles, sondern ein wirklicher realer Lehrling des Meisters Schwarz im Gewässer, gegen welche lächerliche Anläge sich jedoch der zufällig anwesende Schornfegermeister mit seinem Bürgerwort verbürgte und dadurch den Beifall noch kürzlicher machte.

(Fortsetzung folgt.)

bittle ich das Haus um eine Rundgebung zugunsten der Gewissensklausel. (Lebh. Weif. v. d. Impfgegnern.)  
Dr. Pfeiffer (Z.): Auf das allerentschiedenste protestiere ich dagegen, daß der Geheimrat Kirchner die Agitation der Impfgegner als verbrecherisch bezeichnet. Wenn er der Ansicht ist, so sorge er dafür, daß diese „Verbrecher“ vor Gericht gezogen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Impfgegnern.) Es ist vom Regierungssitz aus bestritten worden, daß die Drohung, die Eltern in Ketten zu legen, die ihre Kinder nicht impfen lassen, ausgesprochen sei; mein Gewährsmann aber bleibt dabei, daß der betreffende Professor sich so geäußert hat. (Hört, hört! bei den Impfgegnern.) Formliche Handgemeine sind schon ausgefochten worden zwischen Polizisten, die die Kinder zum Impfen abholen wollten, und Eltern, die sich weigerten, ihre Kinder impfen zu lassen, weil sie felsenfest von der Schädlichkeit der Impfung überzeugt waren. Verschiedene Gerichtsurteile wenden sich gegen die polizeiliche Durchführung des Impfzwanges. — Redner bittet dringend um Annahme des Antrages Pfeiffer-Fleischer. (Bravo! v. d. Impfgegnern.)

Graf Oppersdorff (Z.) (Zuruf: Drei Zentrumredner nacheinander!) Große Heiterkeit bittet um Annahme eines von einem Teil des Zentrums unterstützten Antrages Erzberger, wonach die Frage der Änderung des Impfgesetzes von einer Kommission erörtert werden soll, der neben Impffreunden auch Impfgegner angehören. Redner beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die politischen Parteien doch nicht in impfgegnerische und impffreundliche zerfallen, sondern daß über diese Frage Meinungsverschiedenheiten innerhalb der einzelnen Parteien vorhanden sind. Ferner verweist Redner auf die fast einmütige Verteidigung des Impfzwanges durch die offizielle medizinische Wissenschaft. Warum begibt sich nicht einmal ein ungeimpfter Impfgegner an einen Pockenepidemieherd? (Gelächter.) Ich bin dafür, daß die Regierung dafür ein paar tausend Mark zur Verfügung stellt. (Sehr gut! bei den Impffreunden.) — Es dürfte doch kaum angehen, die Entscheidung darüber, ob ein Kind geimpft wird oder nicht, so ohne weiteres dem Gewissen des Einzelnen zu überlassen. Sonst könnte es kommen, daß gerade die ärmeren Schichten der Bevölkerung sich der Impfung entziehen und dann einer etwaigen Epidemie in erster Linie zum Opfer fallen. (Lebh. Zustimmung bei den Impffreunden.) Jedenfalls sind die Pocken schlimmer als die Impfschäden. Immerhin kann eine erneute Prüfung der Frage nichts schaden. Daher empfehle ich den Antrag Erzberger. (Weifall bei den Impffreunden.)

Sachse (SD.): Ich freue mich, daß die Forderungen der Impfgegner auch von Angehörigen anderer Parteien vertreten worden sind. Ebenso freue ich mich über die Zurückweisung, die die unehrlichen Beschimpfungen, mit denen man die Impfgegner belegt hat, hier gefunden haben. Es freut mich gerade davon, daß sich die Impffreunde ihrer Sache so sicher sind, wenn sie sich in solchen unqualifizierbaren Beschimpfungen ergehen. (Sehr richtig! bei den Impfgegnern.) Es ist ungewiss, daß die Pockenimpfung keinen unbedingten Schutz gewährt. Das müssen ja auch die Impffreunde zugestehen; auch Geheimrat Kirchner hat, widerwillig genug, das Zugeständnis machen müssen. Gegenüber den Ausführungen des Grafen Oppersdorff, der von einer fast einmütigen Verteidigung des Impfzwanges durch die medizinische Wissenschaft sprach, ist auf die große Anzahl von Ärzten hinzuweisen, die Gegner des Impfzwanges sind. Will man auch diese Leute als Verbrecher bezeichnen? (Sehr gut! bei den Impfgegnern.) Ich bitte dringend um Annahme der Anträge zugunsten der Impfgegner, mindestens aber um einen Beschluß des Reichstages zugunsten der Gewissensklausel und zugunsten Befreiung einer zu gleichen Teilen aus Impfgegnern und Impffreunden zusammengesetzten Kommission. (Lebhafte Weifall bei den Impfgegnern.)

Herr Medizinalrat Kirchner (vielfach unverständlich) polemisiert gegen die Ausführungen der Impfgegner. Wenn der Ausdruck „Verbrecher“ in bezug auf die Impfgegner gefallen ist, so dürfen sie sich nicht beschweren, denn ihre Schriften wimmeln von Beschimpfungen der Impffreunde. Da werden noch ganz andere Ausdrücke gebraucht als „Verbrecher“. Der deutsche Reichstag kann die Verantwortung für die Aufhebung des Impfgesetzes nicht übernehmen, und nichts anderes ist der Zweck der Impfgegner. In allen Ländern, wo die Impfung ähnlich wie bei uns besteht, sind die schwarzen Pocken so gut wie verschwunden; in den Ländern dagegen, wo die Impfung nicht besteht, grassieren die Pocken in ungeminderter Stärke. Angesichts solcher Tatsachen kann man nicht an eine Beseitigung des Impfzwanges denken, die das Ziel aller derer ist, die nur von einer Milderung des Impfzwanges sprechen.

Regierungsrat Dr. Berger: Die Impfgegner sagen, daß Reichswind der Pocken verdanke man der Besserung der allgemeinen sanitären Verhältnisse. Das ist aber nur ein Schlagwort, denn die Infektion mit Pocken hat nichts mit den allgemeinen sanitären Verhältnissen zu tun, weil die Pocken keine Schmutzkrankheit sind wie etwa der Unterleibstypus. Dieser nahm daher nur sehr allmählich ab, eben mit der allmählichen Besserung der allgemeinen sanitären Verhältnisse, die Sterblichkeit an den Pocken dagegen nahm plötzlich rapide ab, eben mit der Einführung des Impfzwanges. Ganz ebenso ist es in anderen Ländern, wo der Impfzwang eingeführt wurde. Auch England, wo die Gewissensklausel noch besteht, wird wohl durch eine Pockenepidemie zur Einführung des vollen Impfzwanges gebracht werden. Rudolf Birchow erklärte die Gewissensklausel geradezu für lächerlich; unmöglich dürfe man den Eltern die Entscheidung über die Ausführung der Impfung überlassen, die im öffentlichen Interesse liege.

Fassbender (Z.) wünscht zur Klärung der Frage die Einsetzung einer Kommission, die zu gleichen Teilen aus Impfgegnern und Impffreunden besteht, und erklärt die Einführung der Gewissensklausel in das Impfgesetz für notwendig.

Dr. Mugdan (Zpt.) erklärt das Impfgesetz für ganz vorzüglich und bittet daher, sämtliche Anträge abzulehnen, auch den zu seinem Bedauern von Abgeordneten der Volkspartei gestellten. Wenn wirklich bei 3 Millionen Kindern einige Impfschäden vorkämen, würde das gar nicht gegen die Impfung sprechen. Man spricht soviel von Gewissenszwang. Liegt nicht ein viel schlimmerer Gewissenszwang in dem Schulzwang, wodurch mancher Vater gezwungen wird, sein Kind einem Lehrer anzuvertrauen, von dem er überzeugt ist, daß er ungünstig auf das Kind einwirkt? Das Staatsinteresse verlangt aber in vielfacher Hinsicht einen Zwang, dazu gehört auch der Impfzwang.

Damit schließt die Diskussion.  
Über die Reihenfolge der Abstimmung entsteht eine Geschäftsbordungsdebatte, in deren Verlauf der Antrag Sachse und Senoffen als sozialdemokratischer Antrag bezeichnet wird, worauf

Weber (SD.) erklärt, der Antrag Sachse und Senoffen ist kein sozialdemokratischer Antrag, sondern ein von einer Anzahl meiner Freunde gestellter Antrag.

Unter Ablehnung aller Anträge wird entsprechend dem Antrage der Kommission über die Petitionen zur Tagesordnung übergegangen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 2 Uhr. (Rechnungssachen, Petitionen.) Schluß 6 1/2 Uhr.

# Die Reichsversicherungsordnung.

(Schluß.)

### Kürzung der Renten.

Für die Hinterbliebenen eines Ernährers dürfen die Hinterbliebenenrenten nicht mehr betragen als das Unterhaltsgeld der Invalidenrente, die dem Verstorbenern zur Zeit seines Todes zustand oder im Falle der Invalidität zugestanden hätte.

### Waisenaussteuer

Sollen die Kinder der Witwe erhalten, die zur Zeit der Vollendung des 15. Lebensjahres durch eigene Beitragszahlung die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt, also mindestens 200 Mark gelebt und die Unvorsichtigkeit auf Rente dadurch aufrechterhalten hat, daß sie als Versicherungsbesitzende in je zwei Jahren mindestens 20 Mark, als Selbstversicherer mindestens 40 Mark gelebt hatte. Die Waisenaussteuer beträgt gar nur den achtfachen Monatsbetrag der bezogenen Waisentenre.

### Berechnung der Rentenhöhe.

Die Invalidenrente wird bekanntlich in der Weise berechnet, daß zu einem Reichszuschuß von 50 Mk. ein Grundbetrag und ein Steigerungssatz geschlagen wird. Der Grundbetrag beträgt für die Lohnklasse I 60, für die Lohnklasse II 70, für die Lohnklasse III 80, für die Lohnklasse IV 90, für die Lohnklasse V 100 Mk. Bei der Berechnung des Grundbetrages werden stets 500 Beitragswochen zugrunde gelegt. Der Steigerungssatz gelangt in der Weise zur Berechnung, daß zu dem Reichszuschuß und zu dem Grundbetrag so viel mal 3, 6, 8, 10, 12 Hg. addiert werden, als in der 1., 2., 3., 4., 5. Lohnklasse Beiträge entrichtet sind. In ähnlicher Weise sollen die Witwen- und Waisentenrenten berechnet werden. Bei der Witwenrente soll der Reichszuschuß auch 50 Mk., bei der Waisentenrente nur 25 Mk. betragen. Der Grundbetrag und Steigerungssatz soll bei der Witwenrente nur drei Zehntel, der Grundbetrag und Steigerungssatz drei Zwanzigstel, für jede weitere Waise ein Vierzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze der Invalidenrente ausmachen, der Reichszuschuß für jedes Witwengeld soll 50, für jede Waisenaussteuer 16 2/3 Mk. betragen.

### Anjournierung der Rentenempfänger

durch Entziehung der Rente soll auch auf die Witwenrente ausgedehnt werden: ist die Witwe nach Ansicht der Versicherungsanstalt nicht mehr Invalide, so hat das Versicherungsamt ihr die Rente zu entziehen.

### Zusammentreffen mehrerer Ansprüche.

Das Recht auf Bezug der Invaliden- und Altersrente ruht für die Personen, die eine reichsgefällige Unfallrente beziehen, solange und soweit beide Renten zusammen den 7/2 fachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigen. Das Recht auf Bezug der Witwen- und Waisentenrenten soll ruhen, wenn diese Renten mit der Unfallrente zusammen den vierfachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigt, die dem verstorbenen Ernährer zur Zeit seines Todes zustand oder für den Fall der Invalidität zugestanden hätte. Bei Waisentenrenten soll für das Ruhen der Renten bereits das Übersteigen des dreifachen Grundbetrages der Invalidenrente genügen.

Treffen die Voraussetzungen für die Gewährung verschiedener Rente auf Grund der Invaliden- oder Hinterbliebenenversicherung zusammen, so ruht der Anspruch auf die niedrige Rente.

### Heilverfahren

Das kann auch zur Abwendung der infolge einer Erkrankung drohenden Invalidität einer Witwe eingeleitet werden. Aber auch in diesem Falle steht die Einleitung im Belieben der Versicherungsanstalt. Ein Recht auf Einleitung des Heilverfahrens hat die Witwe nicht. Während der Aufnahme in einem Krankenhaus erhalten die Angehörigen ein Hausgeld in Höhe von einem ganzen Viertel des Ortslohns, das, wären in einer Reihe bayerischer und preussischer Landgemeinden volle — 25 Hg.

### Aufnahme in einem Waisenhause.

So wie schon bislang der Rentenempfänger auf seinen Antrag in einem Invalidenhaus aufgenommen werden kann, so soll künftig die Versicherungsanstalt auch berechtigt sein, Waisenhäuser zu bauen und in diesen Aufnahme den Waisen zu gewähren.

### Abfindung

von Ausländern, die den inländischen Wohnsitz aufgeben, hat die Kommission gestrichen, aber in § 152a die Bezüge derjenigen Hinterbliebenen eines Ausländers, die in der Regel im Ausland sich aufhalten, auf die Hälfte der Bezüge ohne Reichszuschuß beschränkt. Wegen eines prächtigen an § 1261 der Vorlage sich anlehnenden Ausdrucks mag dieser Paragraph im Wortlaut angeführt werden. Er lautet: „Der Anspruch der Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit seines Todes nicht gewöhnlich im Inlande aufhalten, beschränkt sich auf die Hälfte der Bezüge ohne Reichszuschuß“. Die Regierung und die Kommission konstruiert hiermit Arbeiter, die häufig sterben, und zwei Arten Familienmitglieder: die eine, die sich zur Zeit des Todes ihres Hauptes gewöhnlich im Inlande aufhält, und die andere, die dies zu dieser Zeit gewöhnlich nicht tut.

## Eine Tagung der Krankenkassenangestellten.

In der „Neuen Welt“ in Berlin begann am 30. April, morgens um 9 Uhr ein überaus stark besetzter Kongress der Krankenkassenangestellten, um zu den durch die Reichsversicherungsordnung bedrohten Rechten der Kassenangestellten Stellung zu nehmen. Bei Beginn des Kongresses waren aus 108 Orten 903 Delegierte anwesend, die 326 Angestellte vertraten. Und immer neue kamen hinzu, sodas schließlich trotz des großen Saales die Besucher in dichten Reihen die Referentenbühne umstanden. Zu der Tagung waren eingeladen: Die Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages, sämtliche Fraktionen und die Regierung. — Die Regierung hatte mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, einen Vertreter zu entsenden; sie stellte es dem Bureau anheim, ihr eine Niederschrift der Verhandlungen zukommen zu lassen. Die Fraktionen haben mit Ausnahme der sozialdemokratischen, die durch die Abgeordneten Hoch und Robert Schmidt vertreten war, überhaupt nicht geantwortet. Einzelne Abgeordnete haben ihr Nichterscheinen entschuldigt. — Die österreichischen Krankenkassenbeamten haben den Kollegen Grünwald-Wien entsandt.

Der Referent Giebel brachte in seinem Vortrag über das Thema: „Stellungnahme zum Einführungsgesetz und zum Krankentafelgesetz in der Reichsversicherungsordnung“ die Gründe des Unrechts und der Gefahr, die den Angestellten durch das neue Gesetz droht, in plastischer Weise zum Ausdruck. Er wies in der Kritik der einzelnen Bestimmungen des Einführungsgesetzes nach, daß die Rechte der Angestellten radikal beseitigt werden sollen. Dabe

füße sich die Regierung und ihre Helfershelfer bei ihrem unglaublichen Vorgehen auf die bekannten Terrorismusgeschichten. Der Zentrumsabgeordnete Becker habe erst in der Kommission wieder erzählt, daß christliche Klassenmitglieder durch sozialdemokratische Kontrolleure unerhört schikaniert worden seien. Gegenüber diesen Erzählungen müssen die Krankenkassenangeestellten darauf bestehen, Namen und Orte genannt zu hören, um die Sache nachprüfen zu können, denn es ist in der letzten Zeit mit einem solchen Unmaß von Erdichtungen, Entstellungen und Fälschungen gegen sie gearbeitet worden, daß sie jeden nicht direkt bewiesenen Fall als unglaubwürdig bezeichnen müssen. Sie legen gegen den ihnen unterschobenen parteipolitischen Mißbrauch — den sie verurteilen, wenn er irgendwo vorkommen sollte — den schärfsten Protest ein. Es sind aufgebaute Behauptungen der Regierung und Parteien, die alle Ursache hätten, den parteipolitischen Übergriffen der Behörden entgegenzutreten. — Die Beamten protestieren auch dagegen, daß man sie mit dem Charakter der Staatsbeamten belasten will; sie wollen keine Staatsbeamten sein. Sie wollen nicht schweigen zu der ihnen drohenden wirtschaftlichen Schädigung durch die den Behörden gegebene Mäßigkeit, allmählich die heutigen Angestellten aus ihren Stellungen hinauszurufen und Militäranwärter und der Regierung genehme Personen hineinzufragen.

Die Kassenangeestellten haben mit dazu beigetragen, daß die Krankenversicherung auf ihrer heutigen Höhe steht. Umso mehr müssen sie Protest gegen die unerhörte parteipolitische Kaffation ihrer Rechte erheben. Wir sind deshalb, so schloß der Referent, unter allen Umständen berechtigt, vom Reichstag zu verlangen, daß er einer solchen Untergrabung unserer Existenz nicht zustimmt. Und wollen die Mehrheitsparteien nicht darauf eingehen, so müssen wir die Abgeordneten, die unsere Rechte vertreten, bitten, mit allen Mitteln das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern. — Die Pflicht ruft uns, unser Recht und unsere Existenz, die wir uns durch jahrelange und fleißige Arbeiten erworben haben, zu verteidigen. — Dem Referat folgte demonstrativer Beifall, und eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen. — In der Diskussion sprach nur Grünwald-Wien, der betonte, daß die gemeinsame Not und Gefahr die österreichischen Kollegen veranlaßt habe, ihn zu entsenden, da auch in Österreich sich genau dieselben Aktionen und Bestrebungen, gestützt auf dieselben Vorwände, gegen die österreichischen Kollegen bemerkbar machten. Sie wollen am Kampfe der Deutschen lernen, von dem sie hoffen, daß er mit verdientem Erfolge gekrönt wird.

## Gemeinschaftsbewegung.

Ein Steinschertarif für das Herzogtum Anhalt ist nach nahezu zweijährigen Verhandlungen jetzt zum Abschluß gelangt. Immer verstanden es die Unternehmer unter Ausnutzung der ihnen günstigen Konjunktur die Verhandlungen hinzuziehen. Was sie den Arbeitern positiv boten, waren absolut keine Verbesserungen, teilweise sogar Verschlechterungen. Auch jetzt wieder glaubten die Unternehmer nicht daran, daß die Arbeiter Ernst machen könnten: sie setzten zudem ihre Hoffnungen auf die Aussperrung im benachbarten Regierungsbezirk Merseburg. Die Arbeiter machten jedoch durch diese Rechnung einen Strich, indem sie in Schönebeck a. d. Elbe die Arbeit niederlegten. Das hatte zur Folge, daß in wenigen Tagen ein Tarifvertrag für das Herzogtum Anhalt zustande kam, der sich auch auf einige nahegelegene Städte in Preußen erstreckt. Erzielt wurde für die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 6-11 Pfg. pro Stunde, verteilt auf 4 Vertragsjahre, ferner eine einheitliche Regelung der überlandarbeit, gänzliches Verbot der Akkordarbeit usw.

**Achtung Steinarbeiter!** Der Streik der Steinarbeiter in Gelsenkirchen ist noch nicht beendet. Angekündigte Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Zugunsten ist streng fernzuhalten. Die Unternehmer machen große Anstrengungen, um Arbeitswillige anzuzuworben. — In Koblenz ist der Streik zugunsten der Arbeiter beendet worden. Erreicht wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne von 5 Pfg.; der Minimallohn beträgt jetzt für Steinhauer 60 Pfg., für Schleifer 50 Pfg. und für Hilfsarbeiter 47 Pfg. Die Tarifdauer ist vom 1. Mai 1911 bis 1. Mai 1913. Die Akkordpositionen werden um 8 1/2 Proz. erhöht.

**Ein Vorstoß zur Arbeitszeitverkürzung in der chemischen Industrie.** Die erste Konferenz der Arbeiter der chemischen Industrie, die vom Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes einberufen, am 30. und 31. Mai 1909 in Frankfurt a. M. tagte, nahm eine Resolution an, in der ein ausreichender gesetzlicher Arbeiterschutz für die in chemischen Fabriken beschäftigten Arbeiter gefordert wird. Die Konferenz erachtete u. a. einen Maximalarbeitstag von 8 Stunden für diese Arbeiter als notwendig. Für die in gefährlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter wurde die gesetzliche Einführung eines sanitären Arbeitstages gefordert, der nach dem Grade der Gefahren abgestuft werden soll. — Auf Grund dieser Resolution hat der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes beschlossen, in der Woche vom 14. bis 20. Mai in allen Orten mit nennenswerter chemischer Industrie durch Versammlungen eine Agitation zur Verkürzung der Arbeitszeit zu entfalten.

**Aussperrungen wegen der Maifeier.** In der bürgerlichen Presse werden ganz willkürlich Zahlen über den Umfang der Maifeier-Aussperrungen angegeben. Wie unzutreffend diese Angaben sind, geht schon allein daraus hervor, daß 9000 Aussperrte in Groß-Berlin gemeldet werden, von denen 3000 Holzarbeiter und ebensoviel Bauarbeiter sein sollen. Nach unseren gestrigen Angaben, die wir von der Organisation der Holzarbeiter haben, beträgt die Zahl der Aussperrten reichlich doppelt so viel, während keine 3000 Bauarbeiter ausgesperrt sind. Die Zahl der ausgesperrten Bauarbeiter ist schwer zu ermitteln. Von Aussperrung kann überhaupt nicht geredet werden, es handelt sich hier eigentlich nur um einen Arbeitswechsel. Die Maifeierenden wurden einfach entlassen. Der Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes ist auf 3 Tage geschlossen. Die Arbeiterorganisation kann genaue Angaben nicht machen, da die wegen der Maifeier Entlassenen als arbeitslos sich melden und in den Listen nicht getrennt geführt werden. Holzarbeiter sind in verschiedenen Städten ausgesperrt. Bis jetzt liegen folgende Angaben vor: Außer den ca. 6700 in Berlin Aussperrten sind in Hannover 600, in Königsberg i. Pr. 500, in Staffeln 30 und in Augsburg 16 Arbeiter ausgesperrt. In Bremen drohen wegen der Maifeier-Aussperrung größere Differenzen auszubrechen. Die Holzarbeiter wollen die Aussperrung mit Stellung von Forderungen beantworten. Die Verbandsleitung kann dazu die Zustimmung erteilen, da ein solches Vorgehen statutarisch unzulässig ist. — Die Metallarbeiter sind in größerer Anzahl in Hamburg ausgesperrt; die Zahl der Aussperrten wird auf etwa 8000 angenommen. Auf der Vulkan-Werft, die etwa 2800 Arbeiter beschäftigt, ist die Arbeit am 1. Mai eine fast vollständige gewesen, nur etwa 80 Personen haben gearbeitet. Die übrigen sind auf 10 Tage ausgesperrt. Außerdem sind Metallarbeiter in Bremen und Braunschweig ausgesperrt. Genauere Zahlen liegen noch nicht vor.

**Der Kampf im Mannheimer-Ludwigshafener Gafenegebiet ist nun definitiv beendet und die Arbeit am 3. Mai**

aufgenommen worden, nachdem eine Versammlung der Gasenarbeiter, Kranführer und Schiffsfahrleute den Abmachungen zugestimmt hat.

**Lohnbewegungen im Bädergewerbe.** In Passau wurde zwischen den Gehilfenorganisationen (dem freien und christlichen Verband) und der Bäderinnung ein dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen, der den Lohnzwang für alle Beschäftigten beseitigt und eine Lohnerhöhung von 1 bis 2 Mk. pro Woche bestimmt. Die Lohnerhöhung in Landshut endete mit einem fünfjährigen Tarifabschluß, der ebenfalls den Lohn- und Logiszwang beim Arbeitgeber beseitigt, eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 bis 3 Mk., sowie Ferien und außerdem eine Lohnzulage innerhalb der Tarifdauer von 1,50 Mk. pro Woche für jeden Beschäftigten vorsieht. In drei Großbetrieben wurden durch Sonderverträge ebenfalls Verbesserungen der Arbeitsbedingungen errungen. Im Unterhandlungsstadium steht die Stadt Berlin; dort wurde am Donnerstag vor dem Einigungsamt die erste Sitzung abgehalten, die Verhandlungen werden fortgesetzt. — In Hamburg sind die Unterhandlungen soweit fortgeschritten, daß nun das Angebot der Unternehmer auf die eingereichten Forderungen vorliegt. Danach soll in allen Betrieben mit fünf und mehr Arbeitern die sechsständige Arbeitswoche eingeführt werden, die Tarifdauer soll eine sechsjährige sein, eine Mark Lohnerhöhung soll sofort gegeben werden und zwei Mark innerhalb der Tarifdauer. Die Arbeiter werden in den nächsten Tagen hierzu Stellung nehmen. In Frankfurt a. M. fand die erste Verhandlung vor dem Gewerbegericht statt. Die Stimmung der Arbeitgeber ist in diesem Jahre nicht mehr so kampfeslustig wie im Vorjahre. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß, wenn vor dem Gewerbegericht keine Einigung zustande kommt, die Unternehmer Einzelverträge mit der Organisation abschließen werden. Der Kampf dreht sich in der Hauptsache um den wöchentlichen Ruhestag. — In Stuttgart und Mannheim wurden die Forderungen an die Innungen eingereicht. Zugang nach den genannten Orten ist fernzuhalten.

## Kommunales.

**Gemeindevorstand.** Der Gemeinderat in Voigtsherg bei Delitzsch behält seine sozialdemokratische Mehrheit. Am Sonntag fanden die Sozialwahlen zum Gemeinderat statt, der länger als drei Monate beschlußunfähig war, nachdem die fünf sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder, auf Beschluß einer Einwohnerversammlung ihre Ämter niedergelegt hatten. Die fünf Sozialdemokraten wurden wiedergewählt und damit ist die sozialdemokratische Mehrheit wieder hergestellt.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Eine dramatische Szene im Schwurgericht.** Aus Berlin wird berichtet: In dem Schwurgerichtsverfahren wegen Meineids gegen den Hauptangeklagten Emil Wulff, der zugunsten des Kaufmanns W., mit dem er durch Selbstmord im Gefängnis geendete Fall Beziehungen in Hamburg verknüpfte, die Straftaten auf seine Buchhalterin Fräulein abzuwälzen versuchte, was diese energisch bestritt, ereignete sich ein dramatischer Vorfall. Die Anhaberin der Konditorei Frau Nagel, die früher behauptet hatte, ein Fräulein und W. bei ihr Zusammenkünfte abgehalten hätten, gestand auf Verlangen des Vorsitzenden, daß sie alles zu Unrecht ausgesagt habe, weil der verstorbene Fall, bei dem Wulff angeklagt war, sie durch Wulff darum gebeten habe. Dann brach sie ohnmächtig zusammen. Nimmere gestand auch Wulff unter großer Erregung, daß er alles falsch geschworen und zu Unrecht die Zeugnis Fräulein bekräftigt habe. Er bitte sie um Entschuldigung. Nach seinem Geständnis brach der Angeklagte gleichfalls schluchzend zusammen mit den Worten: Meine armen Kinder! Gleichzeitig sah man im Zuschauerraum seine Frau zusammenstürzen. Mit Erlaubnis des Vorsitzenden durfte Frau Wulff sich zu ihrem Mann begeben, um sich gegenseitig Trost zuzusprechen. Wulff hatte immer nur die Worte: „Frau, jetzt bin ich wieder rein“. Der Anwesenden bemächtigte sich bei dieser Szene tiefe Erregung. Nach der durch diesen Zwischenfall hervorgerufenen Unterbrechung wurde die Verhandlung fortgesetzt. Nach kurzer Beratung sprachen die Geschworenen den Angeklagten schuldig des wissentlichen Meineids in drei Fällen unter Zuhilfenahme des strafmildernden Grundes, daß die Angabe der Wahrheit für den Angeklagten eine Verfolgung wegen eines Verbrechens nach sich ziehen konnte. In Anbetracht seines ursprünglichen harterbigen Zeugnisses und in Anbetracht, daß der Angeklagte das Geständnis erst abgelegt hat, nachdem Frau Nagel ihrerseits gestanden, beantragte der Staatsanwalt, nicht auf Gefängnis, sondern auf eine Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust zu erkennen. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte erklärte, sich bei dem Urteil beruhigen zu wollen. Die Geschworenen werden das Gnadengesuch des Verurteilten auf Umwandlung der Strafe in Gefängnisstrafe unterstützen.

**Durch schlechte Behandlung zur Fahnenflucht getrieben.** Am 27. Dezember v. J. wurde der Soldat Menzel vom Inf.-Reg. Nr. 102 in Jittau fahnenflüchtig, aber schon am 30. erfolgte seine Verhaftung. Er hatte inzwischen Zivilkleidung angelegt, in der Absicht, in die Fremdenlegation nach Alger zu gehen. Vor dem Dresdener Kriegsgericht, wo er sich zu verantworten hatte, gab er als Grund zu seiner Entfernung schlechte Behandlung durch den Rekrutierungskorps an. Dieser habe ihn fortgesetzt Lump und elender Krüppel genannt. Er sei zu allerlei Dienstleistungen herangezogen und immer schikaniert worden. Der Gefreite habe ihm oft mit Schlägen gedroht und die Kameraden gegen ihn aufgehetzt. Auf die Frage des Verhandlungsführers, warum er denn die Übergriffe des Gefreiten nicht gemeldet habe, erklärte der Angeklagte: „Dann wäre es mir noch schlechter gegangen“. Das Kriegsgericht erkannte auf vier Monate Gefängnis, indem es zugunsten des Angeklagten anmahnt, daß dieser bei der Festnahme die Absicht hatte, sich wieder freiwillig zu stellen.

## Aus Nah und Fern.

**Ein Kulturbild aus Schlesien.** Auf dem Dominium Graben im schlesischen Kreise Gohrau (Besitzer Herr von Luda) hat sich in den jüngsten Tagen ein Vorfall ereignet, der lebhaft an Vorgänge auf amerikanischen Plantagen zur Sklavenzeit erinnert. Zwischen den polnischen Landarbeitern dieses Gutes war ein großer Zank mit nachfolgender Schlägerei ausgebrochen, weil zwei Polen angeblich das zum Deputatlohn gehörige Fleischgeld nicht richtig geteilt hatten. Als die durch reichlichen Schnapsgegnuß noch erregter gewordenen Landarbeiter gar nicht zur Ruhe kommen konnten, schlichteten die Verwaltungsbeamten des Gutes den Kräfteel auf folgende Weise: Sie griffen drei Mann heraus, banden ihnen die Hände auf dem Rücken zusammen und koppelten die drei an die Wand eines leeren Pferdestalles, aus dem bald darauf fürchterliche Schreie wie

von schweren Mißhandlungen gehört wurden. Rasch darauf verließen die Gutsbeamten den Stall und die eingeschüchterten Polen, die draußen das Ende der Probezeit abwarten wollten, stoben auseinander; sie sahen noch, wie den Eingesperrten einige Eimer Wasser hineingeschoben wurden. Einen ganzen Tag später wurden die polnischen Sklaven aus ihrem Gefängnis befreit. — Preussische Junkertulur!

**Der Ratsherr als Kinderhändler.** Über die Leidensgeschichte eines Kindes, das einem ratscherlichen Willkür zum Opfer gefallen ist, berichtet der „Vorwärts“: „In Königs-Walde, einem Städtchen bei Zietzen (Kreis Oststernberg in der Mark Brandenburg) lebt eine Witwe, die sich und ihre Kinder durch redliche Fabrikarbeit ernährt. Ein Rentier und Ratsherr Peters nimmt das zwölfjährige Kind der Witwe zu sich, damit es gegen freies Essen Hausarbeit verrichte. Der Ratsherr nähert sich dem Kinde in unsittlicher Weise. Das Kind wehrt ab. Es wird eingeschüchtert. Unter andern meinte der Ratsherr: „Wenn Du der Döller (d. s. Ratsherrin Frau) oder Deiner Mutter etwas sagst, denn wirst Du nicht eingeseget.“ Als das Kind nach zweijährigen Drängen dem Dienst- und Ratsherrn zum Opfer gefallen war, teilte es das seiner Mutter mit. Die entsetzte Mutter eilte zum Pastor, teilte diesem das Geständnis des Kindes mit. Und was tat dieser Seelsorger zum Schutz des Kindes? Er erteilte der Mutter den Rat, über die Sache zu schweigen, und drohte damit, daß er das Mädchen nicht einlegen werde. Der Gendarm stellte dem Kinde gar in Aussicht, daß es in eine Erziehungsanstalt gehöre, da — es den alten Herrn — den ehrbaren Ratsherrn — verführt habe. Die verzweifelte Mutter erstattete dann beim Bürgermeister Anzele über die ihrem Kinde zugefügte Freveltat. Herr Peters wurde verhaftet, am nächstfolgenden Tage aber gegen Kaution aus der Haft entlassen. Das war Mitte März. Seitdem beginnt aber eine Peinjahre gegen die „Verführerin“ des armen Ratsherrn. Der Pastor legt es ab, das Mädchen mit den andern zusammen zu konfirmieren. Er wollte es einzeln einsegnen. Das lehnte verständigerweise die Mutter ab. Am 31. März wird dem Kind das Schulzeugnis erteilt. In diesem findet sich der Passus: „Zu tadeln wegen sittlicher Vergehen.“ Wird nun nicht gar noch das Kind an Stelle des Ratsherrn wegen Sittlichkeitsverbrechens angeklagt werden? Weinah liegt es so. Das Kind ist nun auf Betreiben des Ratsherrn wegen — Diebstahls auf Anklage gestellt. Das Kind hatte von der Erlaubnis des Ratsherrn, sich Geld zu kleinen Bedürfnissen zu nehmen, Gebrauch gemacht und kleine Beträge (zur Beschaffung eines Schulbuchs und dergleichen) an sich genommen. Das soll jetzt als Diebstahl angesehen werden? Wird das Provinzialschulkollegium gegen den Pastor und den Schulinспектор einschreiten, der in der Weise dem geschändeten Kind Schutz angedeihen ließ, daß er der Mutter riet, von der Sache zu schweigen, die Einsegnung ablehnte und dem Kinde des Ratsherrn Verschulung als eigenes sittliches Vergehen ins Schulzeugnis schrieb?“

**Verbraut.** In Blauen i. V. brannte in der Nacht zum Mittwoch eine einem Aktionsverein gehörige Scheune nieder. Unter den Trümmern wurde, dem „Vogtländischen Anzeiger“ zufolge, die verkohlte Leiche eines unbekannt Namen aufgefunden.

**Zwanzig Personen an Fleischvergiftung erkrankt.** In Erfurt erkrankten zwanzig Personen nach dem Genuß von sogenanntem Prestop an Fleischvergiftung. Die Untersuchung ist eingeleitet.

**Die Sonne bringt es an den Tag.** In Ochersleben wurde der Arbeiter Ulrich durch die eigene Frau beschuldigt, vor 1 1/2 Jahren den Rentier Schwanneder ermordet zu haben. Dieser war damals erhängt aufgefunden, und man glaubte allgemein, daß er Selbstmord verübt habe. Ulrich leugnet noch die Tat; sein ebenfalls verhafteter Komplize Grape hat aber ein umfassendes Geständnis abgelegt.

**Der „freie Geist“ im Schwabenslande** offenbarte sich in Stuttgart dadurch, daß den Teilnehmern am Maifestzug das Tragen von Parteiflaggen polizeilich verboten wurde. Das Maifestkomitee parierte den lächerlichen Streich sehr geschickt dadurch, daß es den Zugteilnehmern durch organisierte Frauen, die dazu besonders legitimiert waren, rote Keifen verabschiedete.

**Der Polizeipräsident als Duellwütiger.** Der Polizeipräsident von Meß, Baumhach von Keimberg, fühlte sich dadurch verletzt, daß der Abg. Blumenthal im elsässischen Landesausschuß seinen Namen in einer Weise aussprach, die fortgesetzt Heiterkeit hervorrief. Darin erblickte der Polizeipräsident eine Beleidigung und forderte schließlich den Abg. Blumenthal auf Duell. Herr Blumenthal war so vernünftig, diese Forderung abzulehnen und der Herr Polizeipräsident wird nun darauf verzichten müssen, seinen Mutdurst zu stillen.

**Schrecklicher Selbstmord.** Von der 40 Meter hohen Eisenbahnbrücke am seltsamen Ufer der Donau bei Regensburg sprang ein heubehnhäufiges Mädchen aus Regensburg in die Tiefe, blieb aber an Telegraphendrähten hängen und stürzte dann erst ab. Sie wurde tödlich verletzt in das Krankenhaus nach Regensburg gebracht. Die Tat erfolgte aus Liebeskummer.

**Boots-Unfälle.** Aus Nancy wird gemeldet: Auf dem Meurthe-Flusse kenterte ein mit zwei Studenten besetztes Boot; ein Insasse ist ertrunken. Bei Cahors kenterte auf dem Lot-Flusse ein Boot mit vier Militärmusikern, von denen drei ertranken. Einem dritten Bootsunglück auf dem Kanal von Lanarville fielen drei Arbeiter zum Opfer.

**Ein Familiendrama** ereignete sich in Witikon bei Zürich. Eine siebenköpfige Familie Bucher sollte der Luzerner Heimatgemeinde zugewiesen werden. Bucher, der vorher schon geäußert hatte, er werde alles zusammenschließen, wenn die Übersiedelung erzwungen werde, griff nun zum Revolver. Seine Frau flüchtete sich mit dem jüngsten Kinde, wurde aber von dem ersten Schuß getroffen. Mit dem zweiten streckte er seinen zweijährigen Sohn nieder, der dritte traf sein neunjähriges Töchterchen in die Schläfe; der nächste verletzte einen vierjährigen Knaben tödlich. Der älteste Knabe rettete sich durchs Fenster. Nur richtete Bucher die Waffe gegen sich selbst und tötete sich.

**Sechs Arbeiterleben um einen Ring.** Einer vornehmen Dame war ein äußerst wertvoller Ring in einem Brunnenschacht in Palermo gefallen. Sie verpachtete dem dort tätigen Kanalisationsarbeiter eine hohe Belohnung, falls er den Ring wiederbringen würde. Der Arbeiter stieg in den Schacht hinab, und da er nach geraumer Zeit nicht wiederkehrte, folgte ihm ein Kamerad in die Tiefe hinab. Die beiden waren in dem Brunnenschacht ertrunken und vier Arbeiter, die zur Hilfeleistung ihren Kameraden nachstiegen, erlitten das gleiche Schicksal. Man mußte den Schacht aufreißen, um die Leichname zu bergen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

### Gebr. Barg

Lübeck.  
 Manufaktur- und Leinenwaren-  
 Aussteuer-Artikel.  
 Damen- und Kinder-Konfektion.  
 Herren- und Knaben-Garderobe.  
 Beim Einkauf von **Margarine**  
 verlange man ausdrücklich die  
 erstklassigen Margarinemarken  
 der Firma **A. L. Mohr**  
 G. m. b. H., Altona - Bahnenstr.  
 Überall erhältlich!

## Bezugsquellen - Verzeichnisse

**H.E. Koch Möbelhäuser**  
 bestellbar in gute u. bill. Möbel- u.  
 Aussteuer-Lief. 10000, Möbel, Spiegel,  
 Matratzen. Musterb. grat. Lief. 10000.

**Beste Bezugsquelle für  
 Glas, Porzellan u. Stalngut  
**Adolf Bergfeldt**  
 Fernruf 672, Mühlenstr. 31 und 40**

**Den Lesern bei  
 Einkäufen auf's  
 Beste empfohlen**

**Stooss**  
 Flacher-  
 grube 25

**A. N. Becker**  
 Uhrer  
 Uhren und  
 Goldwaren  
 Spezialität:  
 Trauringe  
 Holstenstr. 38

**Piano-Magazine**  
**Haussmann**  
 Johannstr. 14. Ver-  
 kauf, Verleih, Repar.  
 Brettestr. 40. Neue u.  
 geb. Pian. In all. Preisl.

**Abzahl-Geschäft**  
**S. Sachs**, Lübeck, Schmedestr. 2.

**Arb.-u. Berufs-Kl.**  
 Behr & Umlandt, Lübeck, Bräutstr. 21.  
 Ernst Diederichs, Brockenstr. 25.  
 F. Jürgensen, Schwartauer Allee.  
 Alb. Meinecke, Ecke Aggildenstr. 15.  
 F. M. Pein, am Markt.  
 Rudolph Karstadt, Entin.  
 Johannes Hansen, Oidesloe.  
 Hans Struve, Königsstr. 20.  
 Hugo Lüth, Reinhold, Bahnhofstr.  
 Richard Wagner, Reinhold.  
 I. Ramin, Schlutup.  
 K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.  
 W. Friedrichsen, Travemünde.

**Art. z. Krankenpfli.**  
 F. W. Busch, Lübeck, Roeststr. 5b.  
 König-  
 F. W. Heyde, str. 38.  
 Henry Möller, Blücherstr. 20.  
 Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.  
 H. Köhn, Hixstr. 34. Lieferant  
 M. Köhn, d. Ortskrankenkasse.  
 J. Runge, Moislinger Allee 6a.  
 Adler-Drogerie, Schwartau.

**Artikel für Vereine.**  
**H. Nielsen**, Königsstr. 111. Tomb-  
 u. Schließ-u. Kegelegew.

## Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

**Brauereien**  
 Chr. Bade, Hixstr. 120.  
 Carl Flemming, grube 22/24.  
 Grabower Molkerei, 12 Pl. M. 1.30 frol  
 Haus. Biervef. L. Meyenburg, Warenderpstr. 52/54.  
**Adolf Osbahr**  
 Inh. Fr. Kropp, Glockengießerstr. 97.  
**Braunbier**  
**Normann Stamer**  
**F. Weisner**, Schwartauer  
 Elmerb. b. Meyenburg, Warenderpstr.  
 Heinr. Wilken, Engelawisch 17/19.  
**Franz Langloh**, Schlutup  
 H. Braundler.

**Brennmaterialien**  
 Otto Höck, Lübeck, Blaustr. 14a.  
 H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.  
 L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

**Buchhandlung**  
 W. Behrendorf, Lübeck, Hixstr. 7/1.

**Bürsten, Kämmе**  
 H. Hagenström, Lübeck, Hixstr. 66.  
 F. Wichmann, Hixstr. 46.

**Butter-, Käsehandl.**  
 Joh. Beutlin, Lübeck, Hixstr. 42.  
 Fleischhandlung 4.  
 L. Erdmann, Fleisch-, Wurst-, Heilage.  
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
 Inh. H. Schaal,  
 Kupferschmiedestr. 7.  
 Ob. Wahnstr. 6  
**Hierhandlung**  
 H. Philipp, Fackelnb. Allee 90.  
 Täg. feinst. Feilbutter.  
 W. Rochaler, Hixstr. 23.  
 I. Schnoor, Wagnitzmauer 22.  
 J. Seimrau, Braunsstr. 32.  
**Th. Storm Nachf.**, Königsstr. 9a. T. 473.  
 en gros, en detail.

**Lübecker Butter-Haus**  
 Fr. Warnecke, Breitestr. 1/5.  
 Wahn-  
 str. 10.

**Cacao, Chocol., Tee**  
 Linz Schwarz, Lübeck, Hixstr. 12/13.

**Chem. Färb., Wäsch.**  
 Alw. Karstadt, Lübeck, Holsten-  
 str. 20, Waren-Str. 3.  
 C. Monica, Kupferschmiedestr. 13.

**Cigarrenhandlgn.**  
 A. Burmeister, Lübeck, Fackelnb. Allee 48.  
 Fackelnb. Allee 11.  
**H. Böttcher**, Cig. i. allen Preislagen.

**Conrad Hardt**  
 Hixstr. 126.  
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
 M. Henke's Wwe., Böttcherstr. 39.  
 D. Kiecke, Königsstr. 64, Ecke Hixstr.  
 Rob. Kiese, Engelsgrube 80.  
 F. Langemann, Mühlentorstr. 12 G.  
 Paul Barkwardt, Seiditzstr. 18 G.  
 Jacob Meier, Warenderpstr. 15a.  
 Alb. Meyer, Engelsgrube 80.  
 Heinr. Müller, Holstenstr. 42.  
 A. Riecken, eig. Fabr., Schw. Allee 8.  
 Königsstr. 64.  
**Otto Schlamm**, hochf. 8 Pl.-Cigarette.  
 Karl Schmidt, Töpferweg 79.  
 Paul Thiel, Beckergrube 31.  
**M. Vosgerau**, fahr. 29.  
 Carl Wittfoth, Hixstr. 18.  
 With. Bähn, Entin, Lübeckstr. 24.  
 C. Bruhn, Cigarettenfabr., Reinhold.  
 H. Timm, Schwartau, L. H. 2.

**Dam.-Kleiderstoffe**  
 Behr & Umlandt, Lübeck, Bräutstr. 21.  
 Ernst Diederichs, Brockenstr. 25.  
 L. Dure, Gr. Burgstr. 32.  
 Hans Struve, Königsstr. 20.

**Damen-Konfektion**  
**Gebr. Hirschfeld**, Lübeck,  
 Hixstr. 39/41.  
 Hans Struve, Königsstr. 20.

**Dampfwash-Plättanstr.**  
**Pariser Wäscherei**, Paul  
 Loignistraße 3, Fernruf 1300, 50.  
**Groß-Dampfwäscherei "Fortw."**  
 Wäsche-Verleih-Institut T. 1623  
 Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.  
 Hansa, W. Röpfer, Friedenstr. 67.  
 Fernruf: 2774. 9e.  
 W. Krüger, Wäscheh. Pefzestr. 1a.

**Drogenhandlungen**  
 Otto Bäck, Lübeck, Friedenstr. 76.  
 Feder J. Behm, Hansastr. 97.  
 Heinr. Heitmann, Waren-Str. 72.  
 Johannes Kobl, Wickedestr. 32.

**Drogerien**  
 J. Becker, Lübeck, Dornestr. 29.  
 F. W. Busch, Roeststr. 5b.  
 Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöft.  
 Burg-Drogerie, H. Oelgart Nacht,  
 Gr. Burgstr. 44.  
 W. Hohenschild, Markt 15/16.  
 Christoph Jensen, Pfaffenstr. 20.  
 Henry Möller, Blücherstr. 20.  
 Carl Busch, Seiditzstr. (Ecke Wagn-)  
 Karl Pagel, Wickedestr. 3, Tel. 1487.  
 Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.  
 J. Runge, Moislinger Allee 6a.  
 Otto Schlicke, Fackelnb. Allee 70.  
 H. Thielbahr, Schlutup, L. H.-Str. 24.  
 Adler-Drogerie, Schwartau,  
 H. Loppenthen, Schwartau.

**Fahrer., Nähmasch.**  
**H. Bade**, Lübeck, Mühlenstr. 2.  
**H. Benthien**, Fackelnb.  
 Allee 32.

**Deutsches Nähmaschinen-Haus**  
**Gustav Roth**,  
 Frister & Roßmann - Nähmasch.  
 Franz Busse, Wahnstr. 42.  
 Rich. Israel, Altestr. 31.  
 Otto Dornmundt, Schwart. Allee 20.  
 Elg. Reparatur-Werkst.  
 Gr. Burgstr. 23.  
 Heinr. Körner, Lübecker Fahrrad-  
 Hugo Meier, Wahnstr. 21.  
 St. Gertrud-Fahrradhaus Job. Meyer,  
 Aramstr. 10.  
 Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.  
 Joh. Meyer, Königsstr. 31.  
 O. Störmann, Hixstr. 24, Johannesstr.  
 Mangeln, Wäsch-u. Wring-  
 Maschinen, Friedenstr. 1.  
**Th. Vedder**, sämtliche Repara-  
 turen für Fahrräder u. Nähmasch.  
 werden gut u. billig ausgeführt.  
 Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 8.  
 Johs. Marcks, Schlutup.  
 H. Krohne, Schwartau, L. H.-Str. 71.  
 Rep. Sämtl. Erantst.

**Farben u. Lacke**  
 With. Bandholz, Lübeck, Hixstr. 62.  
 Fackelnb. Allee 34.  
 J. Becker, Dornestr. 31.  
 Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöft.  
**Hansa-Drogerie** Karl Mayer,  
 Fackelnb. Allee 10.  
 Reichhaltiges Lager mod. Tapeten  
 Heinr. Heickendorff, Markt 15/16.  
 W. Hohenschild, Marktstr. 42. F. 773.  
 Ferd. Kayser, Breitestr. 81.  
 Henry Möller, Blücherstr. 20.  
 Aug. Prösch, Mühlentor 38.  
 J. Runge, Moislinger Allee 6a.  
 Otto Schlicke, Fackelnb. Allee 70.  
 H. Thielbahr, Schlutup, L. H.-Str. 24.  
 Adler-Drogerie, Schwartau.

**Fleisch-u. Wurstw.**  
**Emil Aland**,  
 With. Schmidt Nachfgr., Lübeck,  
 Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.  
**Paul Boldt**, Wahnstr. 22.  
**Hans Gerds**, Elswigstr. 1a.  
 II. Aufschnitt.  
 Prima Fleisch- u. Wursthwaren.  
 Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.  
 Markt 2.  
**Johs. Heick**, Kohlmarkt 14.  
 Spezialität: Prima Fleischwaren.  
**Carl Joost**, Beckergrube 30.  
 Wurstfabrik T. 1450.  
 Sadowitzstr. 35. Erst-  
 klassige Ware billig.  
**Oscar Keil**, Schwartauer Allee 65.  
**C. Klein**, Pfaffenstr. 14.  
 Heinr. Kohl, Moislinger Allee 57.  
**W. C. Koepcke**,  
 Schlachterei und Wurstoffabrik,  
 Klingenberg N. 3/4. Telefon 489.  
 II. Aufschnitt- u. Fleisch-Waren.  
 Braunschweiger Wurstoffabrik  
 Heinrich Kronsberg, Travelmann-  
 str. 26/28. Tel. 1439. Hansastr. 95.  
 Tel. 2122. Prima Fleisch- u. Wurst-  
 waren. Spezialität: Aufschnitt.  
**L. Kuntz**, Blücherstr. 22. Pa.  
 W. Lemcke, An der Mauer 41 a.  
 Glockengießerstr. 73.  
 F. Mörek, Kupferschmiedestr. 6/8.  
 Warenderpstr. 53.  
**Willy Nib**, Beth Schwart. Allee.  
 Holstenstr. 22.  
 Fernr. 1249. Sp.  
 H. Aufschnitt.  
**Jos. Paatzsch**,  
 Friedr. Paetzsch, Mühlenstr. 27.  
 Pa. Fleisch- u. Wursthwaren.  
 Dankwartgr. 46. Wursth-  
 fabrik mit elektr. Betr.  
**Georg Reider**,  
 Hixstr. 79.  
**A. Rolf**, Gr. Burgstr. 37.  
 Christ. Scheel, Westhofstr. 33.  
**H. Schmalfeld & W. Mamerow**,  
 H. Reiferstr. 26. Telefon No. 2152.  
**Jul. Schober**, Gr. Burgstr. 55.  
 Ob. Trave 7.  
**Carl Tiedt**,  
 Mühlenstr. 81. Pa. Pl.-u.  
 Wursthwaren.  
**Gust. Wietzke**,  
 Georg-  
 Ernst Zachow, str. 37.  
 Heinr. Steer, Entin, Kleierstr. 34.  
 Pa. Fleisch- u. Wursth-  
**E. Martens**,  
 Nur gute Ware.  
 Oidesloe, Bruunenstr. 2.  
 Pa. Fleisch- u. Wursth-  
**Heinr. Ahrendt**, Schlutup.  
 Schlachterei und Wurstoffabrik  
**Franz Winkler**, Schlutup.  
 Prima Fleisch- u. Wursth-  
**Friseurs., Parfüm.**  
 Helmuth Koch, Lübeck, Marienstr. 8.  
 Johs. Käha, Ratzberg Allee 42 a.  
**M. Lauck**, Wahnstr. 71.  
 Pr. Ad. Richter, Wwe. b. St. Johannes.  
 Aug. Schuldt, Ratzberg Allee 44.  
 A. Litzenroth, Heising.  
 J. Wieschendorf, Schlutup, L. H.-Str. 44.  
 B. Adler, Schwartau, L. H.-Str. 34.

**Gaunt-, Spielwar.**  
**Louis Bay**, Lübeck, Breitestr.  
 58a. Vorellh. Bez.  
 Quelle i. sämtliche Geschenkartikel.  
 C. Bilesath Wwe. Sandstr. 8/8.  
 Ratus Central-Bazar, Oidesloe.  
 M. Kranz, Schlutup, Wahnstr. 11.  
 J. Reiberstr. Schwartau, L. H.-Str. 34.

**Gartinen, Teppiche**  
 Alb. Meinecke, Ecke Aggildenstr. 15.  
 Hans Struve, Königsstr. 69.

**Bäckereien**  
 Paul Burmeister, Lübeck, L. H. 43.  
 Dampf-B.-u. Kondit.  
**Dampfbäckerei "Hansa"**  
 J. C. D. Junge & Co.  
 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.  
**J. Eixmann**, Fischer-  
 grube 47.  
 T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.  
**W. Höper**, Becker-  
 grube 76.  
 H. Jargstorff, Warenderpstr. 36.  
**R. Kasch**, Fleischhauerstr.  
 52. Fein- u. Weiß-  
 u. Grobbäckerei.  
 With. Krahn, Fackelnb. Allee 57 a.  
 Schum.-Str. 1. Sp.:  
 A. Seidelmann, Kond., Feinbäckerei.  
 Heinr. Tamm, Wickedestr. 20.  
**E. Reinhold**, Entin, Kleierstr. 34.  
 Welsch-Peise-, Grobbäckerei.  
 Heising, Grob-  
 b. u. Weißbäckerei.  
**J. Scheinermann**, Fein-, Weiß-, Grob-  
 b. Schlutup.  
**Joh. Elvers**, Lübeckerstr. 46.  
 Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.  
**Ad. Hinzelmann**, Schlutup,  
 West-  
 str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.  
 Schlutup.  
**B. Plath**, Lübeckstr. 3.  
 Herm. Steffen, Seeretz.  
 W. Steinhoff, Travemünde.

**Beerd.-u. Sarg-Mag.**  
**Georg Behack**,  
 Lübeck, Warenderpstr. 4. T. 2166.  
**Central-Beerdigungsinstitut**  
 A. Borsersen, Aggildenstr. 7. Tel. 1090.  
**H. Horenburg**, Paulstr. 16. Särge  
 in allen Preislagen.  
**C. Thiessen & Sohn**,  
 Wahnstr. 79. Oben ganzer Beerd.  
 Eigene Leichen-u. Transportwagen.  
**G. Veid**, Lübeck, Schwart. Allee 193.  
 Lager fertiger Särge.  
**H. Griebel**, Entin, Weidestr. 14.  
**G. Wachenhut**, Fackelnburg.  
**H. Kröger**, Holz- u. Metallarbeiten.

**Herren- u. Knab.-Gard.**  
 Joh. Dittmer, Lübeck, Drögestr. 12 a.  
**Franzen & Co.**, Lübeck,  
 Albert Meinecke, Ecke Aggildenstr. 15.  
 Hans Struve, Königsstr. 20.  
 Rudolph Karstadt, Entin.  
 Johannes Hansen, Oidesloe.  
 A. Lutz, Oidesloe, Besthofstr. 10.  
 Ch. F. Stahlner, Reinfeld.  
 Max Kankel, Schlutup.  
 J. Ramm, Schlutup.

**Hüte und Mützen**  
 Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 8.  
**Lorenz Richter**, str. 20.  
**Walter Stalbohm**, str. 26.  
 Hans Struve, Königsstr. 20.  
**John Tralow**, 11 ob. Wahnstr. 11.  
 Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.  
**G. Woltmann**, Breitestr. 27.  
 Mütze, Mützen, Schirme.

**Kolonial-, Fettwar.**  
 H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 22.  
 Otto Bähn, Friedenstr. 76.  
 Feder J. Behm, Hansastr. 97.  
**Friedr. Berger**, Warenderp-  
 str. 32.  
 Johann Beutlin, Hixstr. 42.  
 J. Blasius, Fleischhauerstr. 114.  
 Adolf Burmeister, Reiferstr. 43.  
 Johs. Brede, Dankwartgr. 37.  
 Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.  
**Aug. Dibbert**,  
 Tunkenhagen 20. Vortelthafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.  
**P. Dos**, Gr. Gröpelgrube 19.  
**Reiner Franck**, Wahnstr. 67.  
 W. Fischer, Schwönekenerstr. 11.  
**Georg Hartkopf**, Drogen u. Farben.  
 Fritz Hartmann, Krähnenstr. 12.  
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
 Heinr. Heidtmann, Waren-Str. 72.  
 Otto Höfke, Blaustr. 14a.  
 Carl Hofdorfer, Marktstr. 44.  
 Johannes Kohl, Wickedestr. 52.  
 C. Lender, Hundestr. 42.  
 D. Lersch, Lg. Lohberg 37.  
 Heinr. Lohse, Johannisstr. 62.  
**Ernst Lüth**, Spillerstr. 5.  
 Joh. Müller, Harengrube 21.  
 Elg. Kaffeerösterei.  
 E. Pöge, Glockengießerstr. 71.  
 S. Resenhöft, Schwönekenerstr. 25.  
 Emma Runge, Cronst. Allee 163.  
 M. Schwang, Paulstr. 11a.  
 H. Schöft. Augustenstr. 14/14a.  
 Joh. Schwabros, Moislinger Allee 33.  
 J. Semrau, Braunsstr. 22.  
**Joh. Timm**, Schwartauer  
 Allee 131 a.  
 Fackelnb.  
 Allee 55c.  
**Carl Trast Nachfgr.**, Ecke F. Entin 33.  
 E. Fuchs, Aufschütt, K. H.  
 L. Weizmann, Maublenstr. 8/8.  
**Heinrich Wille**, Lg. Loh-  
 berg 1, berg 1.  
 H. F. Falckenhagen, Entin, Kleierstr. 25.  
 H. Lettow, Entin, Weidestr. 4.  
 H. Ohde, Heising.  
 Rich. Witten, Oidesloe, Langest. 24.  
 Rich. Heitmann, Reinfeld.  
 With. Maas, Reinfeld.

**Kolonial-, Fettwar.**  
 H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 22.  
 Otto Bähn, Friedenstr. 76.  
 Feder J. Behm, Hansastr. 97.  
**Friedr. Berger**, Warenderp-  
 str. 32.  
 Johann Beutlin, Hixstr. 42.  
 J. Blasius, Fleischhauerstr. 114.  
 Adolf Burmeister, Reiferstr. 43.  
 Johs. Brede, Dankwartgr. 37.  
 Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.  
**Aug. Dibbert**,  
 Tunkenhagen 20. Vortelthafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.  
**P. Dos**, Gr. Gröpelgrube 19.  
**Reiner Franck**, Wahnstr. 67.  
 W. Fischer, Schwönekenerstr. 11.  
**Georg Hartkopf**, Drogen u. Farben.  
 Fritz Hartmann, Krähnenstr. 12.  
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
 Heinr. Heidtmann, Waren-Str. 72.  
 Otto Höfke, Blaustr. 14a.  
 Carl Hofdorfer, Marktstr. 44.  
 Johannes Kohl, Wickedestr. 52.  
 C. Lender, Hundestr. 42.  
 D. Lersch, Lg. Lohberg 37.  
 Heinr. Lohse, Johannisstr. 62.  
**Ernst Lüth**, Spillerstr. 5.  
 Joh. Müller, Harengrube 21.  
 Elg. Kaffeerösterei.  
 E. Pöge, Glockengießerstr. 71.  
 S. Resenhöft, Schwönekenerstr. 25.  
 Emma Runge, Cronst. Allee 163.  
 M. Schwang, Paulstr. 11a.  
 H. Schöft. Augustenstr. 14/14a.  
 Joh. Schwabros, Moislinger Allee 33.  
 J. Semrau, Braunsstr. 22.  
**Joh. Timm**, Schwartauer  
 Allee 131 a.  
 Fackelnb.  
 Allee 55c.  
**Carl Trast Nachfgr.**, Ecke F. Entin 33.  
 E. Fuchs, Aufschütt, K. H.  
 L. Weizmann, Maublenstr. 8/8.  
**Heinrich Wille**, Lg. Loh-  
 berg 1, berg 1.  
 H. F. Falckenhagen, Entin, Kleierstr. 25.  
 H. Lettow, Entin, Weidestr. 4.  
 H. Ohde, Heising.  
 Rich. Witten, Oidesloe, Langest. 24.  
 Rich. Heitmann, Reinfeld.  
 With. Maas, Reinfeld.

**Herren- u. Knab.-Gard.**  
 Joh. Dittmer, Lübeck, Drögestr. 12 a.  
**Franzen & Co.**, Lübeck,  
 Albert Meinecke, Ecke Aggildenstr. 15.  
 Hans Struve, Königsstr. 20.  
 Rudolph Karstadt, Entin.  
 Johannes Hansen, Oidesloe.  
 A. Lutz, Oidesloe, Besthofstr. 10.  
 Ch. F. Stahlner, Reinfeld.  
 Max Kankel, Schlutup.  
 J. Ramm, Schlutup.

**Hüte und Mützen**  
 Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 8.  
**Lorenz Richter**, str. 20.  
**Walter Stalbohm**, str. 26.  
 Hans Struve, Königsstr. 20.  
**John Tralow**, 11 ob. Wahnstr. 11.  
 Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.  
**G. Woltmann**, Breitestr. 27.  
 Mütze, Mützen, Schirme.

**Kolonial-, Fettwar.**  
 H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 22.  
 Otto Bähn, Friedenstr. 76.  
 Feder J. Behm, Hansastr. 97.  
**Friedr. Berger**, Warenderp-  
 str. 32.  
 Johann Beutlin, Hixstr. 42.  
 J. Blasius, Fleischhauerstr. 114.  
 Adolf Burmeister, Reiferstr. 43.  
 Johs. Brede, Dankwartgr. 37.  
 Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.  
**Aug. Dibbert**,  
 Tunkenhagen 20. Vortelthafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.  
**P. Dos**, Gr. Gröpelgrube 19.  
**Reiner Franck**, Wahnstr. 67.  
 W. Fischer, Schwönekenerstr. 11.  
**Georg Hartkopf**, Drogen u. Farben.  
 Fritz Hartmann, Krähnenstr. 12.  
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
 Heinr. Heidtmann, Waren-Str. 72.  
 Otto Höfke, Blaustr. 14a.  
 Carl Hofdorfer, Marktstr. 44.  
 Johannes Kohl, Wickedestr. 52.  
 C. Lender, Hundestr. 42.  
 D. Lersch, Lg. Lohberg 37.  
 Heinr. Lohse, Johannisstr. 62.  
**Ernst Lüth**, Spillerstr. 5.  
 Joh. Müller, Harengrube 21.  
 Elg. Kaffeerösterei.  
 E. Pöge, Glockengießerstr. 71.  
 S. Resenhöft, Schwönekenerstr. 25.  
 Emma Runge, Cronst. Allee 163.  
 M. Schwang, Paulstr. 11a.  
 H. Schöft. Augustenstr. 14/14a.  
 Joh. Schwabros, Moislinger Allee 33.  
 J. Semrau, Braunsstr. 22.  
**Joh. Timm**, Schwartauer  
 Allee 131 a.  
 Fackelnb.  
 Allee 55c.  
**Carl Trast Nachfgr.**, Ecke F. Entin 33.  
 E. Fuchs, Aufschütt, K. H.  
 L. Weizmann, Maublenstr. 8/8.  
**Heinrich Wille**, Lg. Loh-  
 berg 1, berg 1.  
 H. F. Falckenhagen, Entin, Kleierstr. 25.  
 H. Lettow, Entin, Weidestr. 4.  
 H. Ohde, Heising.  
 Rich. Witten, Oidesloe, Langest. 24.  
 Rich. Heitmann, Reinfeld.  
 With. Maas, Reinfeld.

**Kolonial-, Fettwar.**  
 H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 22.  
 Otto Bähn, Friedenstr. 76.  
 Feder J. Behm, Hansastr. 97.  
**Friedr. Berger**, Warenderp-  
 str. 32.  
 Johann Beutlin, Hixstr. 42.  
 J. Blasius, Fleischhauerstr. 114.  
 Adolf Burmeister, Reiferstr. 43.  
 Johs. Brede, Dankwartgr. 37.  
 Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.  
**Aug. Dibbert**,  
 Tunkenhagen 20. Vortelthafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.  
**P. Dos**, Gr. Gröpelgrube 19.  
**Reiner Franck**, Wahnstr. 67.  
 W. Fischer, Schwönekenerstr. 11.  
**Georg Hartkopf**, Drogen u. Farben.  
 Fritz Hartmann, Krähnenstr. 12.  
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
 Heinr. Heidtmann, Waren-Str. 72.  
 Otto Höfke, Blaustr. 14a.  
 Carl Hofdorfer, Marktstr. 44.  
 Johannes Kohl, Wickedestr. 52.  
 C. Lender, Hundestr. 42.  
 D. Lersch, Lg. Lohberg 37.  
 Heinr. Lohse, Johannisstr. 62.  
**Ernst Lüth**, Spillerstr. 5.  
 Joh. Müller, Harengrube 21.  
 Elg. Kaffeerösterei.  
 E. Pöge, Glockengießerstr. 71.  
 S. Resenhöft, Schwönekenerstr. 25.  
 Emma Runge, Cronst. Allee 163.  
 M. Schwang, Paulstr. 11a.  
 H. Schöft. Augustenstr. 14/14a.  
 Joh. Schwabros, Moislinger Allee 33.  
 J. Semrau, Braunsstr. 22.  
**Joh. Timm**, Schwartauer  
 Allee 131 a.  
 Fackelnb.  
 Allee 55c.  
**Carl Trast Nachfgr.**, Ecke F. Entin 33.  
 E. Fuchs, Aufschütt, K. H.  
 L. Weizmann, Maublenstr. 8/8.  
**Heinrich Wille**, Lg. Loh-  
 berg 1, berg 1.  
 H. F. Falckenhagen, Entin, Kleierstr. 25.  
 H. Lettow, Entin, Weidestr. 4.  
 H. Ohde, Heising.  
 Rich. Witten, Oidesloe, Langest. 24.  
 Rich. Heitmann, Reinfeld.  
 With. Maas, Reinfeld.

**Kolonial-, Fettwar.**  
 H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 22.  
 Otto Bähn, Friedenstr. 76.  
 Feder J. Behm, Hansastr. 97.  
**Friedr. Berger**, Warenderp-  
 str. 32.  
 Johann Beutlin, Hixstr. 42.  
 J. Blasius, Fleischhauerstr. 114.  
 Adolf Burmeister, Reiferstr. 43.  
 Johs. Brede, Dankwartgr. 37.  
 Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.  
**Aug. Dibbert**,  
 Tunkenhagen 20. Vortelthafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.  
**P. Dos**, Gr. Gröpelgrube 19.  
**Reiner Franck**, Wahnstr. 67.  
 W. Fischer, Schwönekenerstr. 11.  
**Georg Hartkopf**, Drogen u. Farben.  
 Fritz Hartmann, Krähnenstr. 12.  
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
 Heinr. Heidtmann, Waren-Str. 72.  
 Otto Höfke, Blaustr. 14a.  
 Carl Hofdorfer, Marktstr. 44.  
 Johannes Kohl, Wickedestr. 52.  
 C. Lender, Hundestr. 42.  
 D. Lersch, Lg. Lohberg 37.  
 Heinr. Lohse, Johannisstr. 62.  
**Ernst Lüth**, Spillerstr. 5.  
 Joh. Müller, Harengrube 21.  
 Elg. Kaffeerösterei.  
 E. Pöge, Glockengießerstr. 71.  
 S. Resenhöft, Schwönekenerstr. 25.  
 Emma Runge, Cronst. Allee 163.  
 M. Schwang, Paulstr. 11a.  
 H. Schöft. Augustenstr. 14/14a.  
 Joh. Schwabros, Moislinger Allee 33.  
 J. Semrau, Braunsstr. 22.  
**Joh. Timm**, Schwartauer  
 Allee 131 a.  
 Fackelnb.  
 Allee 55c.  
**Carl Trast Nachfgr.**, Ecke F. Entin 33.  
 E. Fuchs, Aufschütt, K. H.  
 L. Weizmann, Maublenstr. 8/8.  
**Heinrich Wille**, Lg. Loh-  
 berg 1, berg 1.  
 H. F. Falckenhagen, Entin, Kleierstr. 25.  
 H. Lettow, Entin, Weidestr. 4.  
 H. Ohde, Heising.  
 Rich. Witten, Oidesloe, Langest. 24.  
 Rich. Heitmann, Reinfeld.  
 With. Maas, Reinfeld.

**Kolonial-, Fettwar.**  
 H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 22.  
 Otto Bähn, Friedenstr. 76.  
 Feder J. Behm, Hansastr. 97.  
**Friedr. Berger**, Warenderp-  
 str. 32.  
 Johann Beutlin, Hixstr. 42.  
 J. Blasius, Fleischhauerstr. 114.  
 Adolf Burmeister, Reiferstr. 43.  
 Johs. Brede, Dankwartgr. 37.  
 Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.  
**Aug. Dibbert**,  
 Tunkenhagen 20. Vortelthafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.  
**P. Dos**, Gr. Gröpelgrube 19.  
**Reiner Franck**, Wahnstr. 67.  
 W. Fischer, Schwönekenerstr. 11.  
**Georg Hartkopf**, Drogen u. Farben.  
 Fritz Hartmann, Krähnenstr. 12.  
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
 Heinr. Heidtmann, Waren-Str. 72.  
 Otto Höfke, Blaustr. 14a.  
 Carl Hofdorfer, Marktstr. 44.  
 Johannes Kohl, Wickedestr. 52.  
 C. Lender, Hundestr. 42.  
 D. Lersch, Lg. Lohberg 37.  
 Heinr. Lohse, Johannisstr. 62.  
**Ernst Lüth**, Spillerstr. 5.  
 Joh. Müller, Harengrube 21.  
 Elg. Kaffeerösterei.  
 E. Pöge, Glockengießerstr. 71.  
 S. Resenhöft, Schwönekenerstr. 25.  
 Emma Runge, Cronst. Allee 163.  
 M. Schwang, Paulstr. 11a.  
 H. Schöft. Augustenstr. 14/14a.  
 Joh. Schwabros, Moislinger Allee 33.  
 J. Semrau, Braunsstr. 22.  
**Joh. Timm**, Schwartauer  
 Allee 131 a.  
 Fackelnb.  
 Allee 55c.  
**Carl Trast Nachfgr.**, Ecke F. Entin 33.  
 E. Fuchs, Aufschütt, K. H.  
 L. Weizmann, Maublenstr. 8/8.  
**Heinrich Wille**, Lg. Loh-  
 berg 1, berg 1.  
 H. F. Falckenhagen, Entin, Kleierstr. 25.  
 H. Lettow, Entin, Weidestr. 4.  
 H. Ohde, Heising.  
 Rich. Witten, Oidesloe, Langest. 24.  
 Rich. Heitmann, Reinfeld.  
 With. Maas, Reinfeld.

**Kolonial-,**